Nr. 39 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Montag, den 16. Februar 1925

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung, 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 10 Pfg. im Anzeigen- und 50 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44, Fernruf 4606. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319. Erfurt

Schwerarbeiter.

Ein notleidender Ruhrindustrieller verdiente in zehn Jahren 300 Goldmillionen.

Belohnter Volksbetrug.

Die Reichsregierung hat bis auf den heutigen Tag darauf verzichtet, der Oeffentlichkeit **über die Auszahlung der 700 Millionen Mark an die Ruhrindustrie Rechenschaft abzulegen.** In keinem einzigen Fall konnte sie bisher beweisen, warum die Entschädigung in Höhe von 700 Millionen Mark erfolgte. Aber noch unangenehmer als dieser Fall ist den Herren der Wilhelmstraße das öffentliche Verlangen nach Rechenschaft über den Verbleib der „Lohnsicherungsgelder", die im Verlauf des passiven Widerstandes zu Millionen an die Ruhrindustrie abgeführt wurden. Auch hierüber schweigen sich die Aemter aus, weil sie ein unreines Gewissen haben und die zuständigen Stellen sich niemals um die tatsächliche Verwendung dieser Lohngelder kümmerten. Als feststehend kann aber schon jetzt betrachtet werden, daß **die Industriellen die fortlaufenden Millionengeschenke der Reichsregierung benutzt haben, um ihre Anlagen zu ergänzen, Neubauten zu errichten und Sachwerte hinzuzukaufen oder die Markbeträge in Devisen umzuwandeln.** Das ist nicht in einem Fall geschehen, sondern Hunderte von Fällen können zur Not angeführt werden, um unsere Behauptungen zu beweisen. Das „Berliner Tageblatt" greift in seiner Sonntagsausgabe bereits auf einen Spezialfall zurück, ohne — aus bestimmten Gründen — die betreffende Firma zu nennen. Es schreibt:

„Wir wollen nun feststellen, wie unberechtigt die Entschädigungen gewesen sind, die die Ruhrindustriellen in Höhe von über 700 Millionen Goldmark sich nachträglich, Ende vergangenen Jahres, vom Reiche haben auszahlen lassen. Ein schwerindustrieller Eisen-, Stahl- und Kohlenkonzern hat aus den ihm so überreichlich zufließenden Reichsgeldern (Papiermarkkrediten und Lohnsicherungssummen nicht weniger als folgende Neuanlagen geschaffen: verschiedene Walzenstraßen, eine Verzinkanstalt, eine Gasschweißerei, eine Gaszuführleitung in einer Länge von über 30 Kilometern, eine Erweiterung der Gasanlage, den Neubau von zwei Direktorenvillen und den Ankauf mehrer Häuser. Da macht alles in allem die beträchtlichen Goldmillionen aus, die für angeblich unproduktive Arbeiten letzten Endes auf Reichskosten verausgabt worden sind."

Wenn wir nicht irren, handelt es sich in dem vorstehenden Falle um die Firma Thyssen, deren Besitzer und Chef erst vor wenigen Monaten als nationaler Mann die Sozialdemokratie auf die schmutzigste Art und Weise beschimpfte. Es ist der gleiche Thyssen, von dem der „Vorwärts" in seiner Sonntagsausgabe feststellt, daß er **innerhalb von zehn Jahren über 300 Millionen Goldmark verdient** hat. Alle Großindustriellen werden nun das Geschäft nicht so verstanden haben wie Herr Thyssen, aber sicher ist, daß die Mehrheit der Industriebesitzer im Verhältnis zu ihrem Friedensvermögen die Inflation ähnlich überstanden hat wie Herr Thyssen, und sie sich ebensowenig geschämt haben, die Not unseres Landes auszunutzen, wie jener Großindustrielle, dessen politisches Ziel die „Ueberwindung der Sozialdemokratie" ist.

Die Reichsregierung aber geht hin und lohnt den Betrug am Volke nachträglich noch mit der Auszahlung von 700 Millionen Goldmark! Sie belohnt ihn hinter dem Rücken des Parlaments ohne rechtliche Grundlage und gegen den Willen des Volkes aus eigene Faust. Milliarden sind den Industriellen auf diese Art in den Rachen geworfen worden, während Hunderttausende von Arbeitern ihre geringen Ersparnisse verloren und heute noch nicht einmal in der Lage sind, ihre Familien zu ernähren, wie es im Interesse der Gesundheit und im Interesse des Staates notwendig wäre. Das traurigste Kapitel an diesen Zuständen aber ist, daß die Reichsregierung es überhaupt noch wagen will, die Auszahlung der 700 Millionen Goldmark zu „begründen". Mit gutem Recht sagt das „Berliner Tageblatt", daß der Reichstag für diesen Fall die Gegenrechnung aufmachen muß und vor allen Dingen festzustellen hat, wie viel das Reich den Ruhrindustriellen bereits während des Abwehrkampfes an Papiermarkkrediten, an Lohnsicherungsgeldern, an gestundeten oder erlassenen Körperschafts-, Kohlen- und Umsatzsteuern geschenkt hat. Dann wird sich ergeben — so sagt das „Tageblatt" — daß die Ruhrindustriellen nicht nur während des Abwehrkampfes ein Finanzgeschäft zu Lasten des Reiches gemacht haben, das ein Mehrfaches von 700 Goldmillionen beträgt, und daß die ihnen noch obendrein unlängst ausgezahlten Entschädigungssummen ein weiteres Geschenk des Reiches über die Inflations- und Lohngeldergewinne der Rhurindustriellen hinaus darstellen.

Der Appetit kommt . . .

Korruptionsmillionen auch an die Pfalzindustriellen.

München, 16. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die vom Reich an die Ruhrindustriellen gezahlten Entschädigungen haben die bayerische Regierung veranlaßt, Verhandlungen mit der Reichsregierung anzuknüpfen, um **in gleicher Weise Entschädigungen für die Industriellen in der Pfalz zu bekommen.** Diese Verhandlungen haben bereits dazu geführt, daß in den letzten Tagen eine **erste Vorschußzahlung** an die Kreisregierung der Pfalz in Speyer geleistet wurde. Um ein möglichst günstiges Endergebnis dieser Verhandlungen zu erreichen, haben nun die Koalitionsparteien des Landtags einen Antrag eingebracht, der unter besonderem Hinweis darauf, daß die pfälzische Wirtschaft außer den Besatzungsschäden noch ganz erhebliche Schäden durch die Separatistenherrschaft erlitten habe, verlangt, daß bei Verteilung der Entschädigung für Rhein- und Ruhrschäden die Wirtschaft der Pfalz in gleicher Weise berücksichtigt wird wie die Wirtschaft des Ruhrgebiets. Dieser Antrag fand Annahme. Wie verlautet, wurde auch anläßlich des Reichskanzlerbesuches in München dieses Thema eingehend erörtert. Von sich aus hat die bayerische Regierung die Genehmigung erhalten, unter dem Namen „Pfalzhilfe" die Summe von 10 Millionen Mark auszuwerfen, die in unverzinslichen oder geringverzinslichen Darlehen zur Belebung der pfälzischen Wirtschaft des Mittelstandes dienen sollen. Unter diesem Mittelstand ist die Landwirtschaft, der Handel, das Handwerk und das Gewerbe zu verstehen. Eine besondere Hilfe für die unter großer Arbeitslosigkeit leidende Arbeiterschaft die von sozialdemokratischer Seite gefordert wurde, ist nicht vorgesehen.

„Marxismus" in Preußen.

Das Zentrum geschlossen gegen einen Rechtsblock.

Berlin, 16. Februar. (Soz. Presse-Dienst.)

In den nächsten Tagen wird auch Preußen wieder eine Regierung haben. Der neugewählte Ministerpräsident ist entschlossen, Mitte der Woche vor den Landtag zu treten und dort eine Regierungserklärung abzugeben.

Die Regierung Marx ist ebenso ein Minderheitskabinett wie es die Regierung Braun nach dem Rücktritt der Krisenmacher Dr. Boelitz und Dr. v. Richter war. Sie stützt sich auf die gleiche Mehrheit wie die letzte Regierung Braun und ist infolgedessen auch den gleichen Gefahren ausgesetzt. Aber es bleibt vorläufig doch noch sehr fraglich, ob die Opposition auch gegen Marx in der Weise vorgeht wie gegen Braun. Die „Zeit", das offizielle Organ der Volkspartei, tut zwar im Augenblick noch so und droht mit den äußersten Konsequenzen. Damit ist jedoch die tatsächliche Haltung der Volkspartei gegenüber einem Kabinett Marx noch nicht gegeben. Die „Zeit" hat schon allzu oft gedroht, ohne daß diese Drohungen jemals eingetreten wären, und sie ist in ihrem Urteil schon allzu oft den Tatsachen vorausgeeilt, um sich dann von ihren eigenen Parteifreunden desavouieren zu lassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie dieses Schicksal vorerst auch in den nächsten Tagen wieder erlebt. Mehr als sicher ist u. E. aber schon jetzt, daß für den Fall eines Mißtrauens gegen die Regierung die Volkspartei nicht geschlossen stimmen wird. Auch der Versuch, ihr Mißtrauen nur gegenüber dem sozialdemokratischen Innenminister Severing zum Ausdruck zu bringen und die anderen bürgerlichen Minister ungeschoren zu lassen, dürfte nicht etwa nur zu dem Rücktritt Severings, sondern zu dem Gesamtrücktritt des Kabinetts Marx führen. Das aber wollen verschiedene Volksparteiler vermeiden, weil sie sich der evtl. Konsequenzen für das Reich bewußt sind.

Aber nehmen wir an, die deutschnationale-kommunistisch-volksparteiliche Opposition stürzt die neugebildete preußische Regierung! Damit ist der Rechtsblock noch lange nicht Wirklichkeit geworden. Es gehört u. W. auch zu den Voraussetzungen der sozialdemokratischen Fraktion für den Fall einer Beteiligung an der Regierung Marx, daß die Zentrumsfraktion sich in den nächsten Tagen und Wochen geschlossen gegen einen Rechtsblock einsetzt. **Wenn also die Opposition im Preußischen Landtag das Vergnügen der Kabinettstürzerei nicht aufgibt, kann sie noch mindestens ein Dutzend Mal den Spaß haben, daß Dr. Marx von der Mehrheit des Landtages als Ministerpräsident wiedergewählt wird und mindestens so oft mit einem Kabinett unter Einschluß von Severing vor den Landtag tritt. Wie oft das ist Wirklichkeit geschieht, hängt von der Kabinettstürzerei der Rechten ab. — Also, wer will sich blamieren?**

Gustav Bauer.

Durch einstimmigen Beschluß aus der Partei ausgeschlossen.

Der Soz. Presse-Dienst meldet heute:

Der erweiterte Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Organisation Groß-Berlin hat am Sonnabend den Antrag des engeren Bezirksvorstandes, den Genossen Gustav Bauer wegen Verletzung des § 28 des Organisations-Statuts **aus der Partei auszuschließen, einstimmig angenommen.** Nach § 29 des Organisations-Statuts kann nunmehr von dem Beteiligten die Einsetzung eines Schiedsgerichts herbeigeführt werden.

Neue politische Strömungen in den Vereinigten Staaten.

Der Bruch mit dem Zwei-Parteiensystem und das Werden einer dritten Oppositionspartei.

Von Adele Schreiber.

I.

Am 25. Februar wird in Chikago der „Kongreß für Fortschrittliche Politische Aktion" über die Gründung einer ständigen dritten Partei, als Opposition gegen Republikaner und Demokraten, entscheiden. Das bedeutet völligen Bruch mit der alten Tradition, des Zweiparteiensystems.

In unserer heillosen politischen Zersplitterung ist es schwer, sich eine richtige Vorstellung von den politischen Zuständen Amerikas zu machen, noch schwerer begreifen die Amerikaner unser Vielparteiensystem, diesen Kampf aller gegeneinander. Aus persönlichen Erfahrungen einer mehrmonatigen Vortragsreise weiß ich, wieviel Heiterkeit, unglaubiges Staunen jedesmal die Erklärung unserer politischen Gruppierung erweckte. Die für uns unvermeidliche Koalitionsregierung wurde selten erfaßt, gar nicht verstanden. Ein geringe politische Einfluß des Reichspräsidenten, der als sozialdemokratischer Präsident einer Republik in der Lage sein kann, eine rechtsstehende bürgerliche Regierung mit monarchistischen Idealen einzügen zu müssen.

Der amerikanische Präsident ist der machtvolle Vertreter des echten Mehrheitswillens der siegreichen Partei, die vom Augenblick ihres Wahlsieges an den gesamten Organismus übernimmt und mit ihren Parteigängern den ganzen Apparat, einschließlich von Hunderttausenden von Beamten auf dem Wege der Parteipolitik besetzt. Grundlegende Unterschiede zwischen der Republikanischen Partei, die einst unter Lincoln ihren Sieg als Fortschrittliche Anti-Sklaverei-Partei des Nordens über die Demokraten, die sich im wesentlichen aus den ehedem für die Sklaverei eintretenden Südstaaten rekrutierten, erfocht, sind kaum noch feststellbar. Keine der beiden Parteien kann beanspruchen, in erster Linie Trägerin des Fortschritts zu sein; in beiden gibt es Persönlichkeiten, die auf einem besonderen Gebiete Führer der einen oder anderen fortschrittlichen Forderung werden. Beide Parteien sind in starker Abhängigkeit vom Großkapital, von Finanz und Industrie mit ihren Trusts, Kartellen, Ringen, den eigentlichen Drahtziehern der Politik. Unsere Vorgänge hinsichtlich der Mahreniedrigungen könnte man als „Amerikanisierung" deutscher Politik bezeichnen.

Die Vereinigten Staaten sind, wie in allen Lebensäußerungen, auch auf politischem Gebiete das Land ungeheurer Gegensätze. Neben weitgehenden demokratischen Idealen im Volksbewußtsein, neben Achtung für Tüchtigkeit der Leistung und Einrichtungen, die schon vom Erziehungswesen aus freie Aufstiegmöglichkeiten schaffen — so viel Korruption und Unfreiheit! Ein selbstverständliches Schlüsselbieten Reicher in großzügigen Stiftungen für soziale Einrichtungen, Schulen, Universitäten, Kunstinstitute mit Millionen und aber Millionen Dollars, aber krasse Abhängigkeit in Erziehungswesen, Wissenschaft, Volkswohlfahrt, Kunst, Justiz und Politik von einer Gruppe allgewaltiger Kraßsisse.

Es sei in kurzen Zügen das Entstehen der Gärung skizziert, die zur Gründung des „Kongresses für Fortschrittliche Politische Aktion" führte. Schon im Weltkrieg, in den Amerika gedrängt wurde trotz Fehlens einer militaristischen Kaste, eines nennenswerten Heeres, von Hof und Junkertum, allein von der Macht, die der Name „Wallstreet" — die Straße der Großbanken — bezeichnet, setzte eine Opposition ein. Eine zahlenmäßig schwache Schicht von Idealisten führte den Heldenkampf gegen Kriegsdienst, Kriegsgewinne, Kriegswucher. Ihr Kreis wuchs nach dem Versagen von Wilsons Friedensprogramm, an dessen Verwirklichung viele ehrlich glaubten, in bitterster Enttäuschung über Versailles. Ausgeweitung auf dem landwirtschaftlichen Markte führte zur Gründung einer sozialistisch gerichteten Partei kleiner Landwirte, insbesondere in Minnesota und Wisconsin, der „Farmer-Labour-Party". Im Lager der Intellektuellen bildeten sich Gruppen gegen die Vergewaltigung von Redefreiheit und Lehrfreiheit, an fast allen Universitäten gab es Kampf einer freiheitlichen Minorität gegen Orthodoxie und Knebelung. Tausende von Kriegsdienstverweigerern, die, obwohl ihnen ursprünglich das moralische Recht zugebilligt war, Waffendienst abzulehnen, in den Gefängnissen vielfach schlimmste Härten und Grausamkeiten erdulden mußten, kamen als Propagandisten gegen das herrschende System, gegen Justizunrecht und mittelalterlichen Strafvollzug wieder in Freiheit, fanden Gesinnungsgenossen an all jenen, die wegen pazifistischer Propaganda verfolgt worden waren.

Hätte Amerika eine gutorganisierte, einflußreiche sozialistische Partei nach dem Muster europäischer Parteien aufzuweisen, ihre Reihen wären zweifellos rasch gewachsen.

Aber im Krieg erfuhr die an sich schwache Sozialistische Partei, zufolge ihrer ablehnenden Haltung, heftige Verfolgung. Schwerer noch traf sie die dann einsetzende, wie allenthalben von Rußland aus geleitete kommunistische Agitation mit ihren Begleiterscheinungen: Zersetzung, gegenseitigem Mißtrauen, Spaltung.

Die Organisation der Arbeiterschaft, eines bunten Gemisches von Nationalitäten, Sprachen und Entwicklungsstufen, das sich in stetem Fluß befindet, bietet unendliche Schwierigkeiten, noch verschärft durch die Kriegsfrage und das ausgebreitete Analphabetentum.

Welche Aufgabe, aus solchem Material eine politisch einheitliche Arbeiterpartei zu schaffen! Es kostete Mühe genug, die gewerkschaftliche Organisation zu erreichen, die jedoch, zufolge der An-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250216-10/fragment/page=0001

Anschauungen ihres einflußreichen Leiters, des eben verstorbenen Führers Samuel Gompers, ablehnte, Kern einer politischen Bewegung zu werden. Tarif-, Lohn- und Arbeitszeitkämpfe stützten sie auf einzelne Politiker beider Parteien, die für ihre Forderungen eintraten.

So waren, in der klaren Erkenntnis, daß eine sozialistische Partei allein zunächst keinen Einfluß gewinnen konnte, realpolitisch denkende Vertreter sozialistischer Ideen bereit, mit anderen radikalen Strömungen gemeinsam vorzugehen.

Die Führerschaft fand sich, als in den beiden letzten Jahren innerhalb des Senats eine Gruppe Senatoren beider Parteien sich unter La Follette zu einem antikorruptionistischen Feldzug abspaltete.

La Follette, während des Krieges als „Pazifist" und „Pro-Deutscher" mit Ausschluß aus dem Senat bedroht, aber so glänzend gerechtfertigt, daß ihm durch Senatsbeschluß alle Unkosten für den Kampf um seine Ehre erstattet wurden, ist einer der ehrenhaftesten reinlichsten Politiker des Landes.

Seit 40 Jahren gilt seine Arbeit dem Schutz von Kindern, Frauen und Müttern, dem Frauenstimmrecht, dem zentralen staatlichen Arbeitsamt, der Forderung des Achtstundentages, der Erbschaftssteuer, der Haftpflicht der Unternehmer usw. Verhaßt bei den Kriegsgewinnern durch erfolgreiche Anträge auf ihre Besteuerung, sparte er der Nation Millionen durch Bekämpfung von Unlauterkeiten im Submissionswesen und zweifelhaften Krediten für Privatunternehmungen. Ein Hauptverdienst hatte er um die letztjährige Aufdeckung des Petroleumskandals, der „Teapot-Dome-Affaire", die zur Ausmerzung einer Reihe kompromittierter Politiker führte.

Eine wachsende antikorruptionistische Opposition stellte schließlich La Follette als Einigungskandidaten für die Präsidentschaft Coolidge, dem Republikaner, und Davis, dem Demokraten, entgegen.

Kein Erfahrener erhoffte Sieg auf den ersten Anhieb; bestenfalls die Möglichkeit, zufolge des eigenartigen Wahlsystems, bei Fehlen einer klaren Majorität, die Entscheidung aus der Volksabstimmung in den Kongreß zu verlegen. Im wesentlichen war diese Kandidatur eine Kraftprobe zur Beurteilung, ob der Boden für eine dritte Partei vorhanden ist. Auch der Vorsichtige kann dies nunmehr bejahen.

In der Volksabstimmung erhielten Coolidge 15½, Davis 8½, La Follette über 4½ Millionen Stimmen. Erwägt man, daß die alten Parteien Organisationsapparat, Presse und Geld beherrschen, so ist der Erfolg weit höher zu bewerten, um so mehr, als die Gegnerschaft den keineswegs übermäßig radikalen, nicht einmal sozialistischen La Follette als Bolschewisten in Verruf brachte.

Der Kongreß für „Fortschrittliche Politische Aktion" erstrebt, den in der letzten Kampagne gewonnenen Boden zu behaupten, die Eroberung von immerhin annähernd 17 Prozent der Wählerschaft berechtigt zu Hoffnungen. Es handelt sich, bei aller Anerkennung La Follettes, nicht um eine Person, sondern eine Bewegung, hervorgerufen durch die von den Besten empfundene Notwendigkeit, die Politik von kapitalistischen Auswüchsen zu reinigen, das amerikanische Volk zum Boden seiner demokratischen Verfassung zurückzuführen und diese großzügige Verfassung, die drüben jeder im Munde führt, lebendiges Recht, lebendige Tatsache für alle werden zu lassen. Es ist klar, daß dieses Ziel auch alle außenpolitischen Probleme des Landes aufs tiefste berührt.

Die Gefahr für den „Kongreß für Fortschrittliche Politische Aktion" war im letzten Jahr und ist auch diesmal in Chikago die Vielfältigkeit seiner Zusammensetzung. Als eine Art Block der Linken ist ein Konglomerat verschiedener Interessen von Farmern, bürgerlich Radikalen, Ideologen geistiger Berufe, gewerkschaftlich aber unpolitisch organisierten Arbeitern, bewußten sozialistischen Klassenkämpfern. Erweisen sich die Gegensätze größer als die einigende Kraft, dann ist die Aktion zu Zerfall und Erfolglosigkeit verurteilt.

Die großen einigenden Punkte zur Bekämpfung von Ausbeutung und Korruption, die gemeinsamen Ideale, die eine dritte Partei zusammenhalten können, sollen im nächsten Aufsatz geschildert werden.

Korrigiertes Tendenzurteil.

Strelitz (Mecklenburg), 16. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Genosse Landrat Dr. Foth, der vor einigen Monaten infolge einer reaktionären Hetze wegen versuchten Betruges und Untreue im Amt zu insgesamt 300 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war ist im Berufungsverfahren vor dem Landgericht freigesprochen worden.

*

Nach Hermanns Freisprechung nun auch die Rehabilitierung des von der völkisch-deutschnationalen Regierung aus dem Amte gehetzten Genossen Foth. In der Begründung des freisprechenden Urteils wird u. a. gesagt, daß die vorläufige Behandlung zu der gleichen Entscheidung bereits hätte kommen müssen. Besser kann der politische Charakter des Tendenzurteils nicht hervorgehoben werden.

„Rote Katzen"

Wie General v. Seeckt beseitigt werden sollte / „Erledigung" des Spitzels Rausch

Wie die Tscheka arbeitete.

Leipzig, 15. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

In der Sonnabend-Verhandlung des Tscheka-Prozesses wird die Vernehmung des Hauptangeklagten Neumann fortgesetzt. Zuerst kommt ein Schreiben zur Verlesung, das von Neumann an Helmuth gerichtet ist, in dem die Abteilung XII erwähnt wird, worunter die militärische Abteilung zu verstehen ist. In einer zweiten Urkunde, welche an Neumann gerichtet war, wird General von Seeckt als schärfster Gegner der Revolution bezeichnet. U. a. werden in dieser Urkunde die Namen Ebert, Noske und Hitler erwähnt. Das ganze stellt eine Kampfansage an die Sozialdemokraten dar. Senatspräsident Mildner kommt hierauf wieder auf den Fall selbst zu sprechen. Da der Plan, den General von Seeckt im Tiergarten zu ermorden, nicht zur Ausführung kam, soll Neumann später den Vorschlag gemacht haben, ihn im Tatterfall zu erschießen. Er wird vom Senatspräsidenten aufgefordert, sich zu diesem Fall zu äußern. Neumann sagt aus, er hätte sich mit Boege mehrere Male dort eingefunden, aber den General nie angetroffen. Meus hätte sich daran ebenfalls beteiligt, so auch an der Beobachtung des Reichswehrministeriums. Marcies hatte ihm persönlich einmal den Vorschlag gemacht, General von Seeckt durch eine Bombe zu töten. Das habe er aber in Anbetracht dessen, dadurch auch das Leben anderer zu gefährden, abgelehnt. „Marcies hatte Sprengstoff und konstruierte eine Bombe, welche er dann mit Hans Neumann zu mir brachte. Wir haben sie dann alle drei auf einem freien Gelände bei Berlin-Tempelhof ausprobiert, um die Wirkung festzustellen. Meus war zu der Zeit krank." Neumann hatte telephonisch beim Reichswehrministerium versucht, den General von Seeckt zu sprechen, wo er sich als Redakteur einer Schweizer Zeitung ausgab. Er erfuhr jedoch durch den Adjutanten, daß der General nicht anwesend sei. Später nahm Neumann durch eine Zeitung davon Kenntnis, daß sich General von Seeckt dienstlich in Weimar aufhalte. Er setzte sich darauf wieder mit dem Reichswehrministerium in Verbindung, wo er erfuhr, daß der General am nächsten Tage zurückkehre. „Wir gingen jedoch am nächsten Morgen zum Anhalter Bahnhof, um dem General aufzulauern und zu erledigen. Wir kamen aber zu spät, da der Zug schon eingelaufen war. Wir hatten geladene Pistolen bei uns. Den ersten Schuß wollte ich abgeben. Ich war mit Szon allein am Bahnhof." Der Angeklagte Neumann behauptet, daß er, wenn er den General von Seeckt wirklich am Bahnhof getroffen hätte, er nicht geschossen haben würde, da er sich im letzten Augenblick überlegt habe, daß er durch den Schuß auf offener Straße auch das Leben unbeteiligter Personen gefährdet hätte.

Es kommt dann ein Zettel mit folgendem Inhalt zur Verlesung: „So rächt sich die Revolution." Er trägt die Unterschrift „Bund der roten Katzen". Von diesem Zettel wurden bei Meus eine Anzahl Exemplare gefunden. Diesen Zettel hätten sie am Tatort zurückgelassen, wenn sie General von Seeckt erledigt hätten, um Helmuth gegenüber einen Rechtfertigungsbeweis zu haben.

Nach einer kurzen Pause wird mit der weiteren Vernehmung des Angeklagten fortgefahren, wobei der Fall Rausch zur Erörterung kommt. Neumann erklärt, daß er von Helmuth den Auftrag erhalten habe, den Spitzel Rausch zu erledigen. Er lehnte den Auftrag jedoch vorerst ab, weil er sich zunächst selbst überzeugen wollte, inwieweit die Anschuldigungen gegen Rausch berechtigt seien. Er nahm zu diesem Zweck Rausch in seine T-Gruppe auf, um ihn zu prüfen: „Helmuth sagte mir, ich hätte nichts zu prüfen, sondern nur meine Aufgabe zu erfüllen.

Rausch müßte in 8 Tagen erledigt sein.

Boege und ich nahmen die Aufgabe an, während Heinz Neumann davon unterrichtet war und sich an den Beobachtungen und der Ausführung der Tat nicht beteiligte. Als Spitzel war uns Rausch aus dem Grunde verdächtig, weil damals alle Kuriere des Nachrichtendienstes festgenommen und in Untersuchungshaft behalten wurden, während Rausch am nächsten Tage wieder freigelassen wurde. Der Angeklagte Meyer, welcher seinerzeit Leiter des Waffenapparates Berlin-Brandenburg war, sagte mir, daß Rausch, der ihm unterstellt sei, verschiedene Waffenlager an die Polizei verraten habe. Er habe ferner auch den Bombenattentäter auf das Regierungsgebäude in Hannover „hochgehen lassen". Meyer ermöglichte es mir, daß ich mit Rausch in einer Speisewirtschaft bekannt wurde, wo er als Redakteur einer russischen Zeitung vorgestellt wurde. Ich sprach mit Rausch, daß ich ihn in meine Gruppe aufnehmen wollte. Rausch erzählte mir, daß er seit einiger Zeit von der Partei als Spitzel bezeichnet würde. Er habe zwar eine Vertrauensstelle bei der Polizei inne, aber nur zu dem Zweck, um die Partei rechtzeitig von Maßnahmen, welche die Polizei gegen die Partei unternehmen wolle, zu benachrichtigen. Ich habe ihn darauf in die Nachrichtenabteilung eingestellt. Er sagte mir, er müsse aber der Abteilung IA auch Berichte über uns zugehen lassen, damit sein Posten nicht erschüttert werde. Später kamen wir allerdings dahinter, daß er nur in unserer Partei war, um der Polizei Dienste zu leisten. Auf Grund dieser persönlichen Ueberzeugung der Spitzeltätigkeit Rauschs soll Neumann damals beauftragt haben, daß er den Fall Rausch erledigen wolle. Es erfolgte sodann die sogenannte Scheinaufnahme in meine Gruppe. Diese Mordtat wolle Neumann übernehmen, da Rausch nur verwundet und nicht getötet werden sollte. Er will außer Boege auch Szon davon unterrichtet haben, daß er von Helmuth den Auftrag hatte, Rausch zu erledigen. Die Ausführung der Tat sollte in der Gegend des Bahnhofs Südende erfolgen. Rausch hegte aber damals, als wir zusammen nach Südende fuhren, schon Mißtrauen, da er in Erfahrung gebracht haben will, daß wir eine „Italienergruppe" gebildet hätten, um ihn zu erledigen. Da wir die Tat aber nicht zur Ausführung bringen konnten, fuhren wir wieder zurück und gingen in das „Café National". Wir beschlossen dann, Rausch in der Toilette des Cafés zu ermorden, gingen aber infolge des regen Verkehrs von diesem Plan ab. Am andern Tage gingen wir in die Wohnung von Rausch und wollten dort die Tat ausführen und hernach mit einer Kraftdroschke wegfahren. Die Tat selbst wollte ich ausführen. Wir sagten Rausch, daß er an diesem Tage zu Hause bleiben solle, da wir ihn notwendig zu sprechen hätten. Ich beauftragte Marcies, alle meine Papiere und Schriftstücke an sich zu nehmen, damit im Falle meiner Verhaftung die Geheimsachen nicht in die Hände der Polizei gelangen konnten. In dem Hausflur des Wohnhauses Rausch habe ich Rausch aufgelauert. Nach längerem Warten betrat Boege mit Rausch den Hausflur, und in einer Entfernung von 2 Metern habe ich auf Rausch geschossen.

Nach dieser Aussage brach Neumann seelisch zusammen, so daß der Vorsitzende den Angeklagten 10 Minuten ins Freie führen ließ. Darnach berichtet er ausführlich: „Ich habe so gezielt, daß edle Teile des Körpers nicht verletzt werden sollten und hielt die Pistole nach der linken Seite des Unterkörpers. Rausch schlug die Hände hoch und schrie laut auf. Ohne daß ich es wollte, ist unwillkürlich ein zweiter Schuß losgegangen. Nach der Tat flüchteten wir in dem Auto bis zur Brunnenstraße. Niedner: Sie sollen gesagt haben: „So, du Aas, das ist für Potsdam!" — Neumann: Ich bestreite dies entschieden, denn ich bin nie roh und brutal in meiner Ausdrucksweise. — Niedner: Als Sie im Auto flüchteten, sollen Sie Szon in die Arme gefallen sein und erklärt haben: „Endlich ist der erledigt!" — Neumann: Ich verneine dies. — Niedner: Sie haben nach dem Unterleib gezielt; wenn nun die Kugel stecken geblieben wäre? — Neumann: Ich bin immer im Besitz von zwei Pistolen gewesen und verstehe, mit meinen Waffen umzugehen. — Niedner: Nach zwei Monaten ist Rausch im Krankenhaus verstorben. — Darauf wird der Gerichtsmedizinalrat Dohrenfurth, der die Obduktion der Leiche vorgenommen hat, vernommen. Er sagt aus: Das Geschoß hatte das Zwerchfell und die linke Leber durchbohrt, so daß Rausch verblutet ist. Die eigentliche Todesursache gibt Anlaß zu einer längeren Debatte zwischen dem Vorsitzenden und den Verteidigern.

Die Verhandlung wurde dann auf Montag vertagt.

Immer neue Opfer.

Leipzig, 15. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Im Prozeß gegen die Stuttgarter Kommunisten wurde am Sonnabend nach viertägiger Verhandlung folgendes Urteil gefällt: Link 4 Jahre Zuchthaus und 100 Mk. Geldstrafe, Lang sen. 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe, Lang jun. und Weil je 1 Jahr Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe, Haderer und Wiech je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe. Stier wurde freigesprochen. Die Geldstrafe gilt in allen Fällen als durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Die betrogenen Rechtswähler.

Eine Versammlung des Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzverbandes in Berlin befaßte sich gestern mit der Aufwertungsfrage. Von dem Redner wurde besonders darauf hingewiesen, daß die rechtsgerichteten Parteien es mit der Einlösung der Wahlversprechungen, die den Sparern gemacht worden seien, nicht genau nähmen, und es wurde als nächste Aufgabe des Verbandes bezeichnet, seine Wähler aus den betreffenden Parteien herauszuführen. Die Forderung auf Einlösung der Wahlversprechungen wird auch in der von der Versammlung einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck gebracht.

Der neue Frankensturz.

Paris, 16. Februar. (Radiomeldung.)

Das starke Sinken des Franken hat in politischen Kreisen stark beunruhigend gewirkt. Gestern fanden unter Vorsitz Herriots zwei Besprechungen statt. An der einen nahmen die Vertreter der Finanzkommission des Senats teil, der zweiten wohnten der Finanzminister, der Finanzkommissions-Vorsitzende der Kammer und verschiedene einflußreiche und in Finanzfragen erfahrene Abgeordnete bei. Bei diesen Besprechungen erörterte man verschiedene Maßnahmen, die aus der jetzigen kritischen Lage herausholfen sollen.

Als Hauptursache des letzten Frankensturzes soll die Kapitalsflucht angesehen werden, deshalb will man verschiedene Maßnahmen ergreifen, um die Gründe, die die Kapitalisten zur Ueberführung ihres Geldes ins Ausland bewegen, aus der Welt zu schaffen.

Mitteldeutsches Landestheater.

Armut.

Ein Trauerspiel von Anton Wildgans.

Erstaufführung in der Literarischen Gesellschaft.

. . . Leben! Was hilft es, mit geschlossenen Augen in den Abgrund zu springen, der Leben heißt? — Wir kommen ja doch nicht tot, nur zu Krüppeln geschlagen, kommen wir unten an. (Gottfried im Lustspielkauf.)

Der Wiener Anton Wildgans, der Seelensucher und tiefe Menschenfreund, hat niemals der Armut das Hohelied singen wollen und es nie gesungen. Wenn er ins furchtbar harte Leben greift, den alten Spuller auf die Bühne bringt, der „seit einunddreißig Jahren in jener Atmosphäre der Amtslokale dahinsiecht, allwo freudlose Existenzen im Zustand eines pensionsberechtigten Hinsterbens lieberlich erhalten werden" (wie besagen eigener Sohn in bitterer Ironie feststellt), wenn er die im Elend verbittert und hart gewordene Mutter mit versteinerter Scheinruhe und zerrissenem Herzen die Nachricht von des Gatten unausbleiblichem Tode entgegennehmen, wenn er den Sohn, den aus Not Allzufrühwissenden, mit gezirkeltem Wort entsetzliche Bitterkeit, eine grimmige Philosophie der Armut schneidend hervorstoßen und die unschuldige Tochter, die den leidenden Vater im letzten Moment retten will, zur Beschaffung der Mittel dem lüsternen Zimmerherrn sich anbieten läßt, weil die Armut keinen anderen Ausweg mehr bietet, dann spricht Wildgans als dringlicher Mahner ins Gewissen der Menschheit, die solches Unrecht verschuldet, sieht und schweigend duldet. Er schildert nicht Einzelfiguren, sondern Typen; nicht Ausnahmen, sondern fleischgewordene Regel grausamen Gesetzes, dessen Best die Tochter mit der Stimme der gequälten Menschheit die Frage schreien läßt: „Ist kein Erbarmen uns liebreich gegeben? Ist denn den Armen uns Sünde, zu leben?" — Dieser furchtbare Schrei feiert jahrtausendsche Wiederkehr, und verzweifelt, hoffend, mit seherischer Kraft spricht der Sohn: „Vielleicht, daß einer dann ist, — ob Mensch, ob Dichter, ob Heiland — der sich Stufen aufthürmt aus dem Abgrund empor. . . . die Reumütigen führt zu liebreichem Werk; doch die Verstockten, die Heuchler, die Mäkler, die Wechsler trifft sein heiliger Zorn mit der Peitsche ins Fleisch!" — Wird Wildgans' Mahnruf gehört werden? Ueberhaupt? Rechtzeitig??

Die Literarische Gesellschaft hatte am Sonnabend zur Erstaufführung durch das „Mitteldeutsche Landestheater" geladen. Die hohen Erwartungen, die man von dieser Truppe nach dem glänzenden Erstspiel „Gyges und sein Ring" hegte, wurden überragend erfüllt. Fritz Fienhork gab den Josef Spuller milde, mit demütiger und dennoch heldischer Schicksalsergebenheit. Ernst Reschke verkörperte den Sohn Gottfried mit aller Liebessehnsucht und Lebenshunger, der aufgezwungenen Askese, der ironisierenden Bitterkeit des Frühgereiften und mit seherischer Kraft. Irma Bodo als Tochter Marie wußte deren anfänglich blond-liebliche Beschreidenheit zu erdrückender Tragik zu steigern, als sie dem Zimmerherrn Strauß (den Gerhard Hinze mit Wärme gab) sich anbietet, nach des Vaters Tod den Sündenlohn (?) ihm wiedergibt. Hilde Günther spielte die Mathilde mit schmerzlicher Schärfe und wehmütig-trotziger Naivität. Franz Klebusch als Dr. Radimovich war eine ritterlich-bäterliche Franz-Josef-Figur, später ein suggestiv-gespenstischer Amtsvorstand. Herbert Grünbaum als Bestattungsagent Voigt war glückliche Mischung geschäftlich-höflicher Melancholie und rechnender Gründlichkeit. Arthur Petrasch als Nuchem Goldsehr gehegte menschlich-edle Seiten auch in den Lumpen des verachteten Mannes.

Die Regie (Ernst Reschke) vereinte sämtliche Künstler zu einer ausgeglichenen, klaren, wuchtigen Gesamtleistung, die bei allem Maßhalten in Tonfärbung und Tempo die Hauptpunkte mit einer fast selbstverständlich scheinenden, anstoßlosen Leichtigkeit herausarbeitete. Das Mitteldeutsche Landestheater hat mit dieser Aufführung, die als richtungsgebend bezeichnet werden muß, seinen Ruf als maßgebender Kulturfaktor weiter gefestigt. Die Wiedergabe dieser Leistung vor weiteser Oeffentlichkeit muß daher den am Schauspiel interessierten Kreisen dringlich nahegelegt werden.

Der Literarischen Gesellschaft sind bei ihrem weiteren Streben gleiche Erfolge von Herzen zu wünschen.

F. Forchhandt.

Freie Volksbühne.

Kasperle-Theater.

Die Jungen und Jüngsten schreien nach Brot wie nach Kunst. Den jungen Seelen die rechte Nahrung zu geben, ist manchem Elternpaar schwerer als die Beschaffung leiblicher Nahrung. Die Volksbühne kam dem Bedürfnis der Kleinen entgegen und rief sie am Sonnabend im Saale der Loge zu den 5 Türmen zu einer Kasperle-Theatervorstellung. Man spielte „Ehrlich währt am längsten" und „Kasperle und das Fernrohr". Wir sprachen vor kurzem an dieser Stelle über die Wirkung der alten Märchen auf die Seelen kleiner und großer Großstadtkinder und betonten deren tatsächlich vorhandene Aufnahmefähigkeit und Teilnahme am Wort und einfachen Bild. Gleiche Tatsachen, aber andere Wirkung ließ die Sonnabend-Veranstaltung erkennen. Für das Kind erhielt die von Menschenhand bewegte, dürftige Holzpuppe eigenes Leben und eigene Seele, die Masse der Kinder spricht mit den einzelnen Puppen; auf suggestive Fragen des Puppenspielers wird der Einzelpuppe geantwortet; Sympathien entstehen und wachsen zur tatsächlich leblosen, für das Kind jedoch seelenbegabten Figur; im Chor versichern die Kinder dem ihnen sympathischen Kasperle, ihm gegen den Teufel helfen zu wollen; sie helfen auch mit dem Herzen und durch Zurufe. Die Antipathien erzeugen gegenteilige Lebensäußerungen der Kinder. Der für sie beseelte Teufel erweckt ihren Widerspruch und Zorn, der sich bei einer kleinen Anzahl auch zu der kategorischen Forderung an den Kasperle verdichtet, den Teufel zu „hauen". — Ein tiefer Sinn liegt doch im kindischen Spiel! Läßt doch gerade das psychologisch interessante Verhalten des Kindes Formulierung ethischer Forderungen auch an das Kasperle-Theater zu, nämlich die, das Gewicht weniger auf Entwicklung des Gedankens von Rauschrecht und Selbstjustiz, dem Rechte des Stärkeren zu legen, als durch Einschaltung einer entsprechenden Zwischenfigur dieser die Funktion richtender und strafender Gewalt zuzuweisen und so dem natürlichen Rechtsbedürfnis erzieherisch rechte Wege zu bahnen.

F. F.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250216-10/fragment/page=0002

Die künftige Zollpolitik.

Reden des Reichskanzlers und des Wirtschaftsministers.

Königsberg, 16. Februar.

Am Sonntag wurde die 10. deutsche Ostmesse hier in Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Luther und des Reichswirtschaftsministers Neuhaus eröffnet. Nachdem Oberbürgermeister Lohmeyer eine Begrüßungsansprache gehalten hatte, ergriff der Reichskanzler das Wort. Er kam zunächst auf die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der Provinz Ostpreußen zu sprechen. Die deutsche Regierung werde jede sich bietende Gelegenheit ergreifen, um immer wieder auf die unnatürlichen Grenzverhältnisse Ostpreußens hinzuweisen und eine Besserung zu erstreben. Auf wirtschaftlichem Gebiete versprach der Reichskanzler für Ostpreußen alles zu tun, was die Provinz in ihrer einzigartigen Stellung als „Fort und Brücke nach dem Osten" für ihren wirtschaftlichen Verkehr brauche. Wörtlich fuhr der Kanzler fort: **„Wir sind uns stets der Notwendigkeit guter deutsch-russischer Beziehungen bewußt geblieben.** Diese Ueberzeugung von den gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen ist auch in Rußland lebendig und wir haben daher die **bestimmte Hoffnung und den ernsthaften Wunsch, daß es gelinge, bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Sowjetrußland trotz sicherlich nicht zu unterschätzender Schwierigkeiten ein befriedigendes Ergebnis zu erzielen."** Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen werden am 1. März beginnen. Auch an diese Verhandlungen gehen wir mit den besten Hoffnungen heran, da wir der Ueberzeugung sind, daß eine Verständigung im beiderseitigen wirtschaftlichen Interesse der beiden Völker liegt." Voraussetzung eines befriedigenden Erfolges ist selbstverständlich, daß Polen diesen guten Willen der deutschen Regierung nicht durch eine unfreundliche Haltung gegenüber den in Polen lebenden Deutschen beeinträchtigt.

Reichswirtschaftsminister Neuhaus entwickelte das **wirtschaftliche Programm der neuen Reichsregierung** und ließ sich dabei besonders über die **künftige Zollpolitik** der Regierung aus: „Um den weiteren Handelsvertragsverhandlungen das Fundament zu schaffen, werde **in der nächsten Zeit dem Reichstag die Zolltarifnovelle zugehen.** Es würde bedauerlich sein, wenn diese Vorlage zum Anlaß inneren politischen Streites genommen würde, wo die Novelle sich sachlich bei allen bisherigen Verhandlungen als dringend notwendig erwiesen habe. Die Zollvorlage müsse so beschaffen sein, daß sie die berechtigten Schutzinteressen aller wirtschaftlichen Kreise Deutschlands ausreichend berücksichtige und die Stellung unserer Handelsvertragsverhändler bei den schwierigen Verhandlungen nachdrücklicher und wirksamer gestalte, als dies der bestehende Zolltarif ermöglichte. Auch in der Zoll- und Handelsvertragspolitik müsse deshalb die Grundlinie **berücksichtigt werden, eine Stärkung der stetigen Faktoren** in der Wirtschaft herbeizuführen, damit wir die kurzatmigen Konjunkturwellen überwinden und wieder eine planvolle Wirtschaftskalkulation in Handel und Gewerbe durchführen können. Die deutsche Wirtschaft könne auf die Dauer nur gestärkt werden, wenn wir dem hauptsächlichsten Faktor unserer inneren Wirtschaft — und damit auch der Landwirtschaft(!!) — die Stetigkeit der Produktionswirtschaft zu sichern vermöchten. Um die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig zu machen, seien eine Vereinigung von unproduktiven Lasten, Verbesserungen der technischen und organisatorischen Einrichtungen, ein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorzunehmender Steuerumbau, eine wirtschaftliche Zusammenfassung öffentlicher Gelder in der Reichsbank, Förderung der Qualitätsarbeit und **vor allem eine Gesundung unserer Wirtschaftsmoral Forderungen der Stunde.** Die letzten Schlacken der im Kriege notwendigen Zwangswirtschaft müssen nunmehr ebenso notwendig wie **endgültig beseitigt** werden. Die Jahre der wirtschaftlichen Atempause seien zu nutzen. Die Handelsvertragsverhandlungen müßten uns wieder Eingang in die Welt verschaffen, damit wir die „mageren" Jahre überwinden können.

Schulfragen im Reichstag.

Sitzung vom Sonnabend, dem 14. Februar.

Der Gesetzentwurf über die Todeserklärung Kriegsverschollener wurde in erster und zweiter Lesung angenommen. Bei Kriegsverschollenen soll künftig als Todestag ein gesetzlich festgelegter Tag angenommen werden, und zwar der 10. Januar 1920, der Tag des Friedensschlusses. Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten über Maßnahmen zugunsten der infolge des passiven Widerstandes aus den besetzten Gebieten ausgewiesenen Personen wurden dem Ausschuß für die besetzten Gebiete überwiesen.

Zur Beratung gestellt wurden dann Anträge Dr. Scholz (DVp.), Mumm (Dn.), Müller (Franken, Soz.) und Koch (Weser, Dem.), die den Lehrgang der höheren Schulen betreffen.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.):

Es bleibt ein dauerndes Verdienst der Nationalversammlung, daß sie trotz des Widerspruchs von der rechten Seite wenigstens die Grundschule geschaffen und das Reichsgrundschulgesetz festgelegt hat. Die Grundschule setzte die Regelung des Lehrganges der höheren Schulen voraus. Nun ist den Ländern wieder ein großer Teil der Machtbefugnisse übertragen worden, die nach der Verfassung dem Reiche zustehen. So sehr wir die Eigenart der einzelnen Länder anerkennen, so verderblich ist es doch im Interesse des Reiches, ihnen die Befugnisse zu übertragen, die dem Reiche zustehen. Schon in der Nationalversammlung wurde der Gedanke gefördert, die Behandlung aller Kulturfragen in einem Reichskulturrat zusammenzufassen. Vor dem Kriege hat die Arbeiterschaft die höheren Schulen mit Mißtrauen betrachtet. Die Landarbeiter sahen in ihnen **Vorbereitungsanstalten für die Junker,** die Industriearbeiter **Vorbereitungsanstalten für die Unternehmer** und alle Arbeiter zusammen betrachteten sie als **Vorbereitungsanstalten für die Richter der Klassenjustiz.** Sie sahen die Trennung, die durch die Scheidung zwischen höherer und niederer Schulbildung geschaffen wurde, sie bezeichneten **die höheren Schulen als Klassenschulen.** Heute schicken mehr als früher die Arbeiter ihre Kinder in höhere Schulen, aber immer noch ist es nur ein kleiner Prozentsatz von Arbeiterkindern, denen der höhere Schulbesuch offen steht. Aber selbst wenn 50 Prozent der Arbeiterkinder die höheren Schulen besuchen würden, so wäre damit ihr Charakter als Klassen- und Standesschulen nicht aufgehoben. Der Charakter der höheren Schulen beruht darauf, daß sie Anwärter auf höhere Stellen schaffen. Die Arbeiter aber streben danach, daß ihnen die höhere Schule die Bildung vermitteln soll, die sie für ihren Kampf und ihre Arbeit brauchen. **Die Aufgabe des demokratischen Staates ist es, den Arbeitern den Aufstieg von der untersten Stufe bis zur höchsten Bildungsmöglichkeit zu geben.** Deshalb dürfen wir nicht zugeben, daß die Einheit des Schulgedankens durchbrochen wird. Wir bekämpfen die Schaffung besonderer Kulturbezirke, wir fordern den einheitlichen Aufbau des Schulwesens. Wir wollen eine Schule der lebendigen Gegenwart. Wenn jetzt der höheren Schule noch ein Jahr hinzugefügt wird, dann ist es einem großen Teil der Arbeiter schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr möglich, ihre Kinder in die höhere Schule zu schicken. Wir werden **alle Kräfte in Bewegung setzen, um die Durchkreuzung des Einheitsschulgedankens nicht zu dulden.** Wir wollen nicht die Heraufzüchtung einzelner Begabter, sondern die **Erziehung der Massen.** Die Schule ist für uns ein Massenproblem, das aus den Bedürfnissen der Massen entsteht. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Nach ausführlicher Debatte wurden sämtliche Anträge dem Bildungsausschuß überwiesen.

Es folgte die Beratung des sozialdemokratischen Antrags auf **Aufhebung der Verordnungen des Reichspräsidenten über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Gemeinden und Gemeindeverbände.** Der Antrag wurde durch Abg. Geck (Soz.) begründet. Da jedoch kein Regierungsvertreter anwesend ist, wird die Beratung des Antrages abgesetzt und das Haus vertagt sich auf Montag nachmittag 3 Uhr.

Gemeindewahlen in Braunschweig.

Starke Einbuße der Rechtsparteien.

Braunschweig, 16. Februar. (Radiomeldung.)

Gestern fanden im Freistaat Braunschweig die Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen statt. Das vorläufige Ergebnis der Stadtverordnetenwahl in der Stadt Braunschweig stellt sich wie folgt: **Sozialdemokraten 21 953, Kommunisten 5074,** Demokraten 2689, Wirtschaftspartei 14 605, Nationale Einheitsliste 27 313, Bund der Invaliden und Witwen 838, Liste Volkswohl 1843, Nationalsozialisten 286. Da die Wirtschaftspartei ihre Liste mit der Nationalen Einheitsliste verbunden hatte, dürfte dieser Bürgermischmasch die Mehrheit erhalten haben und von den 35 Sitzen im Stadtparlament rund 20 bekommen. Die Zusammensetzung des Stadtparlaments war bisher die folgende: Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 13, Demokraten 6, Mieter 1, Sozialdemokraten 14, Kommunisten 1.

Das neue Stadtparlament wird sich zusammensetzen aus 13 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten, 1 Demokraten, 6 Wirtschaftsparteilern, 12 Vertretern der nationalen Einheitsliste und 1 Vertreter der Liste Volkswohl.

Die **vereinigte Rechte,** deren Wahlreklame der Stahlhelm übernommen hatte, **büßte gegenüber der Landtagswahl vom 7. Dezember 4300 Stimmen ein,** während die SPD. nur 1300 Stimmen verlor. Der Verlust ist auf schlechtere Wahlbeteiligung zurückzuführen. Im Laufe des Wahlsonntags ist es mehrfach zu Zusammenstößen gekommen, so daß die Polizei verschiedentlich eingreifen mußte.

Auf dem Wege zum Rechtsstaat.

Bayern baut den Belagerungszustand ab.

München, 16. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die bayerische Regierung hat am Sonnabend die angekündigte Verordnung erlassen, durch die der seit Mai 1923 bestehende Ausnahmezustand in Bayern, wenn auch nicht ganz aufgehoben, so doch weitgehend abgebaut wird. Aufrecht erhalten werden die Anordnungen zum Schutze der Jugend und zur Bekämpfung der Zigeunerplage. Außerdem die Bestimmungen über die **Genehmigungspflicht für Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel und für die Verbreitung von Flugblättern, Flugschriften und Plakaten.** Ausnahmen sind ausdrücklich vorgesehen für Vereins- und Verbandsveranstaltungen, die ausschließlich gesellschaftlichen, turnerischen, sportlichen und touristischen Zwecken dienen, soweit es sich hierbei nicht um Versammlungen und Umzüge handelt. Verboten bleiben Vereine und Verbände, die heimliche Waffenvorräte ansammeln, bereithalten oder besitzen. Für Zuwiderhandlungen gegen die neuen Vorschriften sind Gefängnis-, Haft- oder Geldstrafen vorgesehen.

Die Kreditskandale.

Strafantrag gegen Lange-Hegermann.

Vor wenigen Tagen ließ der Zentrumsabgeordnete Lange-Hegermann mitteilen, daß nach Auffassung der Berliner Staatsanwaltschaft für ihn kein Grund vorliegt, die Aufhebung seiner Abgeordneteninmunität zu beantragen. Es mag richtig sein, daß die Staatsanwaltschaft diese Meinung zum Ausdruck gebracht hat, aber es war immerhin ein starkes Stück, sie der Oeffentlichkeit mitzuteilen und so den Anschein zu erwecken, als sei er vollkommen unschuldig. Er mußte selbst am besten wissen, daß mit der Verhaftung des früheren Reichspostministers Hoefle sein Mandat gefährdet war und in absehbarer Zeit die Aufhebung seiner Immunität vor sich gehen würde. Der Anfang zu diesem Schritt ist jetzt gemacht. Die Staatsanwaltschaft hat gegen Lange-Hegermann inzwischen die **Voruntersuchung wegen der Anschuldigung der Untreue und des Betruges zum Nachteil des Reichspostfiskus eingeleitet.** Legt Lange-Hegermann nicht in den nächsten Tagen trotz wiederholter Aufforderungen seiner Partei das Mandat nieder, dann dürfte auf Antrag der Moralisten in Moabit mindestens die Aufhebung seiner Immunität durch den Reichstag beschlossen werden.

Lange-Hegermann war früher ein kleiner unbemittelter Schneider, der in den letzten Jahren auf großem Fuße lebte und in den besten Berliner Hotels in mehr als großzügiger Aufmachung verkehrte. Er besaß noch zu Ende des vergangenen Jahres drei Automobile, die ausschließlich für seinen Privatbedarf bestimmt waren. Die Aufwertungsbestrebungen für die Reichsanleihe, die in der Hauptsache von seinem Parteifreunde Fleischer als Abgeordneter in spekulativem Sinne gefördert wurden, sollen ihm infolge falscher Spekulationen an der Berliner Börse mehrere Millionen Mark gekostet haben, so daß er Kredite aufgenommen hat, die ihm angeblich auch vom Postminister Hoefle ohne besondere Deckung in Höhe von 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden sind. Diese Tatsache dürfte den Hauptgrund zu der inzwischen eingeleiteten Voruntersuchung gebildet haben. Bei dem Eifer der Berliner Staatsanwaltschaft ist anzunehmen, daß Lange-Hegermann bald das Schicksal seines Parteifreundes Hoefle teilen wird. Ist Hoefle tatsächlich schuldig, dann trifft Herr Lange-Hegermann mindestens die gleiche Schuld. All das aber gilt ganz besonders für die ganz großen Spekulanten in der Schwerindustrie. An sie aber denkt kein Staatsanwalt!

Der Ehrenmann Stolt.

Ein Betrüger als kommunistischer Ausschußbvertreter

Es gibt im preußischen Untersuchungsausschuß einen Mann, der sich rühmen kann, wesentlich dazu beigetragen zu haben, daß die ganze Untersuchung in der Barmat-Angelegenheit innerhalb eines großen Teiles der deutschen Bevölkerung bereits als Komödie betrachtet wird. Dieser Mann heißt Stolt und ist Mitglied der Kommunistischen Partei. Er hat sich gegenüber ehrenwerten Persönlichkeiten, die von dem Ausschuß als Zeugen vernommen wurden, in der gehässigsten Form bewegt. Von dem Genossen Kuttner erlaubte er sich u. a. festzustellen, daß dieser Sozialdemokrat eine „schwerbelastete Persönlichkeit" ist.

Wer ist nun dieser Stolt? Er war früher Zimmerer und seit 1907 Arbeitersekretär in Königsberg. Hier wurden **von ihm wiederholt Gelder benutzt, die von den Gewerkschaften und andern Vereinen für gewerkschaftliche Zwecke bereitgestellt waren.** Als die Sache ans Tageslicht kam, kündigte er seine Stellung. Die Abrechnung ergab **einen Fehlbetrag in Höhe von ungefähr 700 Goldmark, die von dem Abgeordneten Hugo Haase zur Verfügung gestellt wurden, um das Gewerkschaftskartell vor Schaden zu bewahren.**

Aber schon nach wenigen Jahren gelang es Stolt, in Bremerhaven wieder als Arbeitersekretär Anstellung zu finden. **Kaum zwei Jahre später mußte er auch diese Stellung wegen „allgemeiner Unzuverlässigkeit" aufgeben.** Noch bevor das geschah, betrog er einen Musiker, der vor dem Gewerbegericht gegen seinen früheren Arbeitgeber einen Prozeß gewonnen hatte, um 100 Mark, die von Stolt, trotzdem er seiner Stellung bereits verlustig war, durch Zwangsbeitreibung eingezogen wurden. Er brachte es sogar fertig, dem Kläger noch am Abend des Empfangstages mitzuteilen, daß er das Geld noch nicht zum vollen Betrag erhalten habe und sandte ihm infolgedessen nur einen Wechsel in Höhe von 56,50 Mk., den jedoch kein Mensch einlöste. In seiner Not wandte sich der Kläger dann an das Arbeitersekretariat in Berlin, mit dessen Hilfe es schließlich gelang, daß Stolt dem betrogenen Musiker das empfangene Geld in Teilbeträgen, zunächst 20 Mk. usw., auszahlte. Kurz Zeit darauf wurde Stolt **wegen ehrloser, die Partei schädigender Handlungen aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.** Das Ausschlußverfahren **wurde unter dem jetzigen kommunistischen Parteivorsitzenden Pieck eingeleitet und auf seinen Vorschlag zu einem positiven Abschluß gebracht.** Stolt ist dann bald von Bremerhaven verschwunden.

Es zeugt für einen schönen Geist innerhalb der Kommunistischen Partei, wenn dieser ehrlos handelnde Mann heute bereits wieder die erste Geige spielen kann. Wer ist nun „schwer belastet"?

Kommunistische Provokationen. Die Berliner Kommunisten veranstalteten gestern in Potsdam und Nowawes Demonstrationszüge und Versammlungen unter freiem Himmel. In Nowawes kam es zu ernsteren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei. Ein Oberwachtmeister der Schutzpolizei wurde dabei schwer verletzt. Zwei weitere Polizeibeamte erlitten erhebliche Stichverletzungen. Auf Seiten der Kommunisten wurden mehrere Personen verwundet.

Gegen das Besoldungssperrgesetz. Der nach zehnjähriger Pause im Großen Schauspielhause zum ersten Male wieder tagende Gemeindebeamtentag nahm einstimmig eine Entschließung für die Aufhebung des Besoldungssperrgesetzes an.

Wieder ein politisches Attentat in Bulgarien. In Sofia wurde Professor Mileff, Direktor der Zeitung „Slovo" und der Regierungsmehrheit angehörender Abgeordneter, gestern abend um 8 Uhr auf der Straße von drei Personen ermordet.

Die Absicht, eine Herabsetzung der Vermögenssteuer für 1925 auf die Hälfte durch den Steuerausschuß vornehmen zu lassen, unter Umgehung des Plenums des Reichstags, ist von den Rechtsparteien und dem Reichsfinanzministerium aufgegeben worden. Die Sitzung des Steuerausschusses, die sich heute mit dieser Absicht befassen sollte, ist abgesagt worden. Der energische Protest der sozialdemokratischen Fraktion hat die ehrenwerte Absicht der Bürgerblöckler vereitelt.

Achtes Konzert der Philharmonie.

Generalprobe: Leitung Dr. Göhler.

Das heutige Programm brachte uns zwei bedeutende Orchesterwerke von Richard Strauß und Gustav Mahler. Was diese beiden Namen in der modernen Musik bedeuten, braucht kaum gesagt zu werden; denn beide besitzen jenes unerklärliche Agens des Genies, das uns die plastische Kunst einer Orchestertechnik bringt, in der alles „Ton", „Farbe" und „Geist" ist. Richard Strauß will mit seinem symphonischen Werke, ein „Heldenleben", musikalisch darstellen; er denkt hier nicht an eine bestimmte Person, wie früher in seinem „Macbeth" oder „Don Juan", sondern faßt die Idee dieses Werkes freier, erweiterter auf, indem er eine Idealgestalt in verschiedenen Episoden charakterisiert. Das Orchester erfordert fast überall drei- und vierfache Besetzung der einzelnen Instrumente, daneben acht Waldhörner und zwei Harfen usw. Der Held wird in einem 16 Takte umfassenden Hauptmotiv von drei verschiedenen Instrumenten abgebildet, die Wucht dieses Motivs wurzelt in den vier ersten Takten, die immer wieder im Werke erscheinen. Ganz wundervoll illustriert nun der Komponist die Nörgler mit ihren Anwürfen; hier gibt es eine Fülle von scharfen, spitzen Motiven, die trefflich wirken. Dann erscheint des Helden Gefährtin in einem lieblichen Violinsolo (zart und werbend). Ganz hervorragend klingen alle Motive der Feldschlacht, hier bietet Strauß eine orchestrale Technik, die kaum zu überholen ist. In dem folgenden Teile bringt der Meister Anklänge an verschiedene Motive seiner anderen Werke, die in ihrer Absicht herrliche Wandlungen auslösen. Nach dem Satze kommt eine stille Resignation in die Musik, das erste Thema erscheint wie Schalmeienklang, der Held kehrt in sein ruhiges Dasein zurück, das nur das Rauschen des Waldes, das Heulen des Windes, das Krächzen der Raben, erinnert ihn an vergangene Tage. Noch einmal erscheint das Hauptmotiv und in heroischen Klängen endigt dieses gigantische Tongemälde.

Die D-Dur-Symphonie Gustav Mahlers ist die erste von den neun Schwestern, doch zeigt der Komponist sich schon als ein Meister Architektoniker der orchestralen Kunstformen, wenngleich er seiner Architektonik der orchestralen Kunstformen, wenngleich er **die Höhe seiner Chor-Symphonien hier nicht erreicht.** Mahler bläst in seinen Weisen oft in des Knaben „Wunderhorn", man will in seinen volkstümlichen Motiven österreichisches Idiom erkennen, wir glauben, daß es eher „böhmisch" klingt, besonders in der den Boden so typisch stampfenden Polka. Die Symphonie I setzt mit einem Quarten-Motiv ein, das in der Entwicklung des Satzes dominiert. Der zweite Satz zeigt unverkennbar böhmischen Einschlag, besonders im Ländler, alles voll Melodie und kernigem Rhythmus. Im dritten Satz ist die Einteilung des Schlagzeugs interessant, ungewohnt erscheint hier auch die C-Klarinette, die aber humorvoll wirkt. Im vierten Satz will der Komponist stark heterogene Stärkegrade, bis zu dem von Hörnern getragenen Des-Dur-Violinsolo, das eine Kantilene von wundervoller Empfindung anklingen läßt. Noch einmal erscheint im Orchester der Quarten-Schritt des Anfang und es folgt eine herrliche Graduierung im gewaltigen Fortissimo, die hinreißenden Eindruck hinterläßt.

Fassen wir die grandiose Wirkung dieser beiden Orchester-Werke als Ergebnisse eines Gottesgnadentums in der Musik auf, so erkennen und bewundern wir zugleich die Ueberfeinerung der musikalischen Kultur, die Musik als Herzenssprache. Das Orchester bewältigte seine immens schwierige Aufgabe mit idealer Tonentfaltung, vom hingeflüsterten Piano bis zum höchsten Stärkegrad, immer Schönheit im Klang. Das Violinsolo spielte Konzertmeister Versteeg mit prächtiger Wirkung. Der musikalische Leiter des Konzertes, Dr. Göhler, wurde mit Enthusiasmus wiederholt hervorgerufen. S. S.

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Montag 7½ Uhr: „Wer weint um Juckenack?" Dienstag 6½ Uhr: „Tristan und Isolde" mit Alfred Paulus vom Friedrich-Theater Dessau als Kurnewal. Mittwoch: „Schwanenweiß". Donnerstag: „Der verlorene Sohn". Freitag 7½ Uhr: „Wer weint um Juckenack?" Sonnabend 7½ Uhr: „Zigeunerbaron". — Die Oper bereitet für nächsten Sonntag Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen" unter musikalischer Leitung von Kapellmeister Fritz Volksmann und Spielleitung von Hans Siegle vor. Als nächste Neueinstudierung des Schauspiels kommt Molières: „Der Geizige" in der Bearbeitung von Ludwig Fulda.

Aus der Partei.

Hilfe!

Für die Opfer der Grubenkatastrophe auf der Zeche „Minister Stein" in Dortmund.

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei für das westliche Westfalen hat eine Sammlung für die Opfer der entsetzlichen Grubenkatastrophe auf der Zeche „Minister Stein" eingeleitet, und hat bei den von diesem herben Schicksalsschlag betroffenen Familien bereits eine 1. Rate überwiesen. Beiträge für dieses Hilfswerk können eingezahlt werden auf das Bank-Konto Franz Klupsch und M. Sattler bei der Commerz- und Privat-Bank in Dortmund und auf das Konto Franz Klupsch, Dortmund, Kielstraße 5. Postscheckamt Dortmund Nr. 8278.

Sozialdemokratische Partei für das Westliche Westfalen.
Der Bezirksvorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250216-10/fragment/page=0003

Gesetzlich darf

in **MAGGI-Originalflaschen** nichts anderes als **MAGGI-Würze** feilgehalten werden. Beim Nachfüllen achte man deshalb darauf, daß die Würze aus der großen mit dem Namen **MAGGI** versehenen Original-Flasche gefüllt wird. Auch verlange man ausdrücklich **MAGGI-Würze** und weise Nachahmungen zurück.

Die Maggi-Gesellschaft hat ihre Erzeugnisse der Kontrolle des Direktors des **Hygienischen Instituts der Universität Berlin,** Geheimrat Professor Dr. Martin Hahn unterstellt

Vereins-Kalender der SPD.

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk **Halle-Merseburg.**

Sekretariat der SPD Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Halle.

Jungsozialisten. Dienstag, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Zimmer 28: Zusammenkunft. Thema: „Entstehung des Gottesglaubens". Neue Freunde sind herzlich willkommen.

Aus dem Bezirk.

Bangerhausen. Arbeiter-Wohlfahrt. Montag, den 16 Februar, abends 7½8 Uhr, im „Herzinger": Sitzung des Vorstandes und der Bezirksleiterinnen. Anschließend um 8 Uhr: Generalversammlung.

Greppin. Mittwoch, den 18. Februar, abds. 7½8 Uhr, im Gasthof Zeitzer: Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Baum „Der Achtstundentag der Industrie und seine Folgen für die Arbeiterschaft". Alle Genossinnen und Genossen sowie „Volksblatt"-Leser sind eingeladen

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Gau Halle. Der Sonderzug zur Gründungsfeier nach Magdeburg fährt Sonntag, den 22. Februar, 6⁰⁰ morgens. Teilnehmer haben sich unverzüglich zu melden.

Ortsgruppe Halle. Bezirk Mitte. Alle Kameraden von Bezirk Mitte, welche mit nach Magdeburg fahren, haben sich heute (Montag) abend, zu einer kurzen Besprechung im „Schwarzen Bär" einzufinden. Alle arbeitslosen im Besitz einer Uniform befindlichen Kameraden müssen zur Stelle sein

Zentralbibliothek Halle

Burgstraße 27 (Volkspark).

Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44

Stadt-Theater.

Montag, abends 7½ Uhr: **Wer weint um Juckenack**

Dienstag, abends 6½ Uhr: **Tristan und Isolde** mit den Damen: Gündel-Dworski, Boehmer; den Herren: Berghof, Paulus, Böhmer, Timaus, Kathammer. Ende nach 11 Uhr.

Mittwoch, abends 7½ Uhr: **Schwanenweiß.** mit den Damen: Voß-André, Böhmer Gündel-Dworski, Seeliger, Kirchhoff, Kühn. Den Herren: Andersen, Kergmann Boehmer, Siegle.

Kleine Inserate

finden hier weiteste Verbreitung!

Keine Hausfrau darf es versäumen

Dienstag nach der Nordsee eilen

Nur infolge Riesenfänge unserer Dampfer kostet dieser mit eigenem Kühlwaggon beförderte, lebendfrische, fette, zarte, große

Kabliau 28 ₰ ohne Kopf . das Pfund nur

Karbonaden vollständig bratfertige Scheiben . . Pfund **50 ₰**

Prachtvoller unausgenommener **Ostsee-Bratschellfisch** wie lebend . . . . . Pfund nur **20 ₰**

Wissenschaftler und Aerzte empfehlen Seefische als vollwertiges leicht verdauliches Nahrungsmittel.

Schnellste Bedienung, da über 30 geschulte Angestellte.

Geöffnet von ½8 bis 7 Uhr durchgehend.

Grosser Versand nach auswärts.

Telephon 1274. 1275. 2705. 4966. 11⁰

Tagesordnung

für die Sitzung des Zweckverbandes Leuna am Donnerstag, dem 19. Februar 1925, abends 7 Uhr, in Leuna-Werke, Bau M 617 (Sitzungszimmer):

1. Leuna der Jahresrechnung.
2. Wasserversorgung.
3. Wasserleitung zum Sportplatz in Göhlitzsch.
4. Landjägerdienstwohnung.
5. Wohnungsneubau
6. Beschaffung von Mauersteinen.
7. Verkauf von Grundstücken.
8. Erwerb von Grundstücken.
9. Personalangelegenheiten.
10. Anträge und Wünsche.

Leuna-Werke, 12. Februar 1925

Der Vorsitzende des Zweckverbandes Leuna. Cornely.

1 95

Frische Einschlageier

Stück 8 Pfennig.

Eiergeschäft M. Landau

Talamtstraße

Drucksachen jeder Art übernimmt die Genossenschaftsdruckerei

Arbeitsmarkt

Werbe-Beamte

für sofort gesucht. Angemessene Tagesspesen und hohe Provision werden bei entsprechenden Erfolgen zugesichert.

Für diese Tätigkeit geeignete Bewerber wollen Meldung nebst Nachweis ihrer bisherigen Beschäftigung unter **V. H. 89** an die Inseraten-Abteilg. dies. Zeitung senden.

Möbel jeder Art

in großer Auswahl zu billigsten Preisen liefert

G. Schaible, Halle a. S.

Gr. Märkerstr. 26 Fernspr. 5585

836 am Markt

Werkstätten für Wohnungs-Einrichtungen

10 Prozent Sonder-Rabatt

auf die schon bedeutend herabgesetzt. Preise auf **Hüte, Mützen, Filzwaren** und **Herren-Artikel**

028

Walter Petsch

Weißenfels, Kl. Kalandstraße 11/13.

Einige Häuer

für Schachtfördungsarbeiten für dauernd gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Blattes.

Dienstmädchen

für Landwirtschaft sucht sofort **Reideburg,** Hauptstraße 30.

Arbeitsamt Eisleben.

Petristraße 9. Fernsprecher 131

Es werden gesucht:

Weibliche Abteilung Dienstmädchen, Friseurlehrling, Kindergärtnerin (ältere), Lehrfräulein für Geschäft, Mädchen für Stall, Reisedamen f. Lebensversicherung, Wirtschafterin.

Berufsamt (Lehrstellenvermittlung). Gärtner, Bäcker, Maler.

Der Vorstoß in den Weltenraum

Eine techn. Möglichkeit?

Eine wissenschaftlich-gemeinverständl. Betrachtung von **Max Valier.** Preis **1,80** Mk.

Volksblatt-Buchhandlg.

Volkspark

Burgstraße 27.

Das eigene Heim der **Hallisch. Arbeiter**

Parvus

von Konrad Haenisch. Preis **75** Pfg.

Volksblatt-Buchhandlg.

Pelzkragen

von Seeben nach der elektrischen Bahn verloren. Abzugeb. gegen Belohnung an die Geschäftsstelle d. Allg. Konf.-Vereins, Landsberger Str. 13

Gestern nachm. im Apollo-Theater ein

Skunkskragen

verloren gegangen. Gegen gute Belohnung abzug. Taubenstr. 24

Illustrierte Reichsbanner-Zeitung

Preis **20** Pfg., f. R.-B.-Mitglied. **15** Pfg.

Volksblatt-Buchhandlg.

Saub. Frau sucht Wäsche

Offert. unt. **V. H. 90** an d. Exp. d. Zeitg. erb.

Helmut von Gerlach:

Erinnerungen eines Junkers

Preis **2** gebd. **3** M.

Volksblatt-Buchhandlg.

Ich habe eine glänzende Idee,

wie man in der jetzigen Zeit spart, ohne seine Gewohnheiten zu ändern und ohne sich einzuschränken.

Wenn Sie Ihr Leben gemütlicher gestalten wollen, dann beachten Sie mein Erscheinen genau. Das Nächstemal stelle ich mich Ihnen vor.

Auf Wiedersehn!

Inserenten! Annoncen-Expeditionen!

Wer auf Landkundschaft reflektiert, gebe seine Inserate auf in der bei der Landbevölkerung des Saalkreises und darüber hinaus meistgelesenesten Zeitung

Der Landbote

„Der Landbote" erscheint jeden Mittwoch sowie Sonnabend mit der illustrierten Wochenbeilage „Volk und Zeit". Bezugspreis **im Februar 80 Pfg.** Anzeigen- und Bezugsbestellungen beim

Verlag Volksblatt G. m. b. H.

Krieg dem Kriege!

Von **Ernst Friedrich**

Preis **5** Mark

Volksblatt-Buchhandlung

Zu beziehen:

Volksblatt-Buchhandlung

Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27.

Unsere mit modernem Material gut ausgestattete Buchdruckerei halten wir zur Herstellung von

Drucksachen

jeder Art bestens empfohlen. Wir sichern sachgemäße und schnellste Erledigung der uns überwiesenen Aufträge zu und stehen mit kostenanschlägen usw. gern zur Verfügung.

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H.

Harz 42/44. Fernspr. 6605.

ERICH KUTTNER

SCHICKSALSGEFÄHRTIN

Vom Aestheten zum Sozialisten

Ein Bekenntnisroman In Ganzleinen 5.— Mark

Zu beziehen durch:

Volksblatt-Buchhandlung, Halle (Saale) Gr. Ulrichstr. 27.

Aus Dr. Unblutigs Praxis.

Aufbewahren! 5. Fortsetzung folgt!

Dr. Unblutig wird häufig aufs Land gerufen, denn auch dort gedeihen die Hühneraugen und andere Fußübel. Eines Tage: begegnet er einem Bauernknechte, der eine Kuh führt. „Wo wollt Ihr beiden denn hin?" fragt Dr. Unblutig. „Das geht den Dritten gar nichts an", antwortet der Bauer mehr schlagfertig als liebenswürdig. Er wird erst zugänglich, als sich Dr. Unblutig erkundigt, woher es denn kommt, daß er an einem Fuße barfuß geht und warum der Fuß so geschwollen ist. Der Bauer macht seinem Unmute die bitterste Luft. Er habe die Botenfrau beauftragt, ihm aus der Stadt Kukirol mitzubringen, von dem er schon so viel Gutes gelesen habe. Die dumme Ziege habe ihm aber irgend ein nichtsnutziges Zeug mitgebracht, das habe er aufgelegt, und seit 3 Tagen laufe er nun mit diesem Fuße herum, der so geschwollen ist, wie ein neues M. d. R. am Tage nach seiner Wahl und so empfindlich, wie eine alte Erbtante zu ihrem Geburtstage. „Ja, guter Mann", sagt Dr. Unblutig, „zunächst werfen Sie erst einmal dieses Zeug, das Ihnen solche Schmerzen verursacht, ins Feuer. Oder, wenn Ihnen Ihr Schatz untreu wird, weil Sie nicht mit zu Tanze gehen können, so pappen Sie es ihr auf den Mund. Sie bekommt dann Pfannkuchen darauf backen könnte und muß dann ebenfalls zu Hause bleiben. Nun aber erst einmal heute abend ein Kukirol-Fußbad. Die Entzündung wird sich legen, und die Hühneraugen werden auch nicht mehr schmerzen. Sie haben dann auch keinen Fußschweiß mehr. Die Füße werden nicht mehr wund und brennen nicht, sondern fühlen sich warm und trocken an, statt kalt und feucht. Dann legen Sie auf die Hühneraugen das ärztlich empfohlene, millionenfach bewährte Kukirol-Hühneraugen-Pflaster. In 3 Tagen sind Sie Ihre Hühneraugen los, ohne Entzündung und ohne Schmerzen. Und jeden Morgen tun Sie etwas Kukirol-Streupuder auf Ihre Füße, in Ihre Schuhe und Strümpfe. Sie werden dann laufen, wie eine Biene. Sie werden beim Tanzen so elegant dahinschweben, wie ein Kavalier aus Berlin W und Ihre Füße werden nicht mehr so landwirtschaftlich riechen, wie sie es jetzt jeden Abend tun, weil es nämlich Schweißfüße allerersten Qualität sind. Diese ganze Kukirolkur kostet nur 2 Mark. Schärfen Sie aber der Botenfrau ein, daß sie in der Apotheke oder Fachdrogerie die echten Kukirol-Präparate verlangt und auf die Schutzmarke „Hahnenkopf mit Fuß" achtet. Das Kukirol-Fußbad können Sie übrigens schon für 30 Pfg. haben, wenn Sie die einfache Packung verlangen. Die Doppel-Packung kostet 50 Pfg."

Unsere, unter ärztlicher Leitung stehende, Wissenschaftliche Abteilung erteilt gegen Rückporto kostenlos Rat und Auskunft über alle die Fußpflege und Fußleiden betreffenden Fragen. Außerdem senden wir Ihnen auf Verlangen eine lehrreiche Druckschrift über die Notwendigkeit der Fußpflege.

Kukirol-Fabrik Groß-Salze 212 bei Magdeburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250216-10/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 16. Februar 1925.

Zur gefälligen Beachtung!

Ein vor einigen Tagen an einer der Maschinen entstandener Defekt konnte leider noch nicht behoben werden, so daß die Herstellung unseres Blattes darunter leidet. Infolgedessen konnte auch am Sonnabend ein größerer Teil der Auflage nicht rechtzeitig zur Bahn gebracht werden, so daß viele auswärtige Leser die Zeitung verspätet erhalten haben dürften. Wir bitten, diesen bedauerlichen Umstand mit der oben erwähnten Störung entschuldigen zu wollen. Der Verlag.

Die Krankenkassenwahlen.

Die am Sonnabend stattgefundenen Wahlen der Arbeitnehmervertreter für die Allgemeine Ortskrankenkasse haben nicht die Anteilnahme der wahlberechtigten Kassenmitglieder gefunden, die nach der für diese Wahl betriebenen Propaganda zu erwarten gewesen wäre. Wie uns mitgeteilt wird, sind nur etwa 7000 Stimmen abgegeben worden, also von ungefähr 25 Prozent der wahlberechtigten Kassenmitglieder. Das Ergebnis der Wahl kann noch nicht mitgeteilt werden, da dieses statutengemäß in einer Vorstandssitzung festzustellen ist. Wann diese Sitzung stattfindet, ist noch nicht bekannt. Wahrscheinlich dürfte auch die Auszählung mehrere Tage in Anspruch nehmen, so daß das Resultat vor Ende dieser Woche kaum zu erwarten ist.

Nach uns gewordenen Mitteilungen haben die Kommunisten in nicht wenigen Fällen versucht, Wahlbeeinflussungen vorzunehmen. So sind unter anderem den Wählern die Stimmzettel anderer Richtungen aus den Händen genommen und ihnen dafür andere gegeben worden. Auch hat man versucht, eine Kontrolle der Wahl zu verhindern, indem man Wahlberechtigte aus den Wahllokalen hinauswies. Sollten diese Beeinflussungen in erheblicher Weise vorgenommen worden sein, was noch festzustellen wäre, so würde dies zu einer Anfechtung der Wahl führen.

Grauenhafte Zahlen.

Der heutige Polizeibericht meldet: Am 15. Februar gegen 8.45 Uhr vormittags wurde ein 71jähriger Invalide in der Kuhgasse in seiner Wohnung am Fensterkreuz erhängt aufgefunden. Es liegt zweifellos Selbstmord vor, dessen Grund in ungünstigen Familienverhältnissen zu suchen sein dürfte.

*

Die wirtschaftliche Not in Deutschland hat zu denjenigen Erscheinungen geführt, wie sie in den schweren Jahren nach dem 70er Kriege besonders hervortraten. Massenarbeitslosigkeit, Not, Hunger, Volksseuchen, Verbrechen und Selbstmorde. Die Zahl der Selbstmorde hat in erschreckendem Umfange zugenommen. Die Mehrzahl davon kommt auf Kosten wirtschaftlicher Not, und charakteristisch ist dabei, daß vorwiegend alte Leute es sind, die selbst Hand an sich legen. Dabei ist zu bemerken, daß es nicht nur Angehörige aus den Kreisen der Arbeiterschaft sind, auch Angehörige des Mittelstandes sind darunter. Zahlreiche Personen haben durch Krieg und Geldinflation ihre Existenz eingebüßt, oder ihre Kinder verloren, so daß sie in ihren alten Tagen völlig hilf- und mittellos dastehen. Die öffentliche Fürsorge — soweit sie überhaupt davon erfaßt sind — schützt sie nur vor dem größten Hunger. Bei Invaliden ist die Rente so niedrig, daß damit kein Durchkommen auf die Dauer ist. In ihrer elenden Lage suchen viele als Ausweg den Tod. Aber auch jüngere Personen werden von seelischen Depressionen erfaßt und setzen, aller Lebenshoffnungen ledig, ihrem Leben selbst ein Ziel. Jedoch beobachtet man die traurige Erscheinung nicht nur bei uns in Deutschland. In Frankreich, Belgien, England und ganz besonders in Rußland, dem Eldorado der bolschewistischen Diktatoren, sind in den letzten Jahren aber Tausende einfach Hungers gestorben. Das darf uns jedoch keineswegs abhalten, alles zu tun, um der Selbstmordepidemie in Deutschland ein Ende zu machen durch ausreichende Fürsorgemaßnahmen für die Bedrängten.

Die nachstehenden Zahlen entstammen einer Statistik des Reichsgesundheitsamtes. Danach sind im Monat Oktober 1924 in den 334 deutschen Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern insgesamt 1550 Morde und Selbstmorde verzeichnet worden gegen 1605 im Oktober 1923. Davon entfallen auf Halle nicht weniger als 21, Königsberg 19, Berlin 386, Stettin 18, Breslau 32, Magdeburg 17, Hannover 37, Dortmund 26, Gelsenkirchen 13, Bochum 15, Köln 29, Essen 32, Düsseldorf 17, Duisburg 16, Barmen 14, Hamborn 14, Frankfurt a. M. 32. Mit Ausnahme von Braunschweig und Magdeburg sind die Selbstmorde überall in der Zunahme begriffen. Mit der zunehmenden sittlichen, moralischen und wirtschaftlichen Gesundung unseres Volkes wird hoffentlich die Zahl der Morde und Selbstmorde wieder bis auf die aus unvermeidlichen Exzessen erfolgenden zurückgeführt. Der jetzige Zustand bedeutet eine Kulturschande.

Japan in der ostasiatischen Politik.

Als Abschluß der Reihe von Vorträgen im Rahmen der „Auslandsstudien der Universität" über die „Weltpolitische Bedeutung Ostasiens" folgte ein Lichtbildervortrag von Prof. Dr. Haushofer (München) über die weltpolitische Bedeutung Japans. Der Vortragende hat sich längere Zeit in Japan aufgehalten und höchst interessante politische Studien über das Land gemacht. Er gab zuerst eine kurze Uebersicht über die geographische Lage Japans. Es ist ein Land von etwa 380 000 Quadratkilometern und 56 Millionen Einwohnern, ein typisches Inselreich mit einem ausgezeichneten Buchtenreichtum, ein gebirgiges und vulkanisches Land, reich an Niederschlägen und Erdbeben. Im Westen und Süden ist die Natur tropischen Charakters, die nördliche Insel Sachalin reicht dagegen in streng kontinentales Klima hinein.

Bis zur Mitte des verflossenen Jahrhunderts war Japan ein typisches Agrarland. Seither vollzog sich aber auch hier mit einer großen Schnelligkeit der Uebergang von der Natural- zur Geldwirtschaft und Japan ist heute ein ausgesprochenes Industrieland. Die reichen Bodenschätze des Landes, Kohle, Eisen, Kupfer, Silber, Gold, Schwefel usf. werden nach den europäischen Methoden gefördert. Sehr reich ist das Land auch an Wäldern mit wertvollem Holz. Etwa ein Fünftel des Landes dient dem Bodenbau. Es werden hier vorzugsweise Reis, Tee, Weizen und Gerste angebaut. An erster Stelle steht aber, ähnlich wie in China, die Seidenraupenzucht. Dagegen ist die Viehzucht, infolge geringen Bedarfs an Fleisch, unbedeutend. Ueber 10 Prozent der Bevölkerung ernähren sich von der Küstenfischerei.

Japan ist, ganz ähnlich wie Deutschland, ein übervölkertes Land. In Südjapan (um Tokio) kommen im Durchschnitt auf ein Quadratkilometer bis 1600 Menschen. 30 Millionen Menschen sind hier, nach der Angabe der Japaner selbst, zuviel. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Expansion, die hier nach zwei Richtungen geschehen konnte, nach Süden, auf Kosten der amerikanischen und englischen Besitzungen, und nach Nordosten auf Kosten Rußlands. Die Japaner selber ziehen naturgemäß den Süden vor, aber weil hier der Widerstand am stärksten ist, müssen sie immer wieder ihre Blicke auf die russischen Küsten richten. In diesem Sinne ist auch der vor kurzem abgeschlossene russisch-japanische Vertrag zu werten. Der Vertrag bedeutet einen großen Sieg der japanischen Diplomatie, die dadurch die Pläne einer Einkreisung Japans vernichtet und dem Lande wirtschaftlich große Vorteile sichert. S.

Die Bezüge der Notstandsarbeiter.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, gibt der preußische Minister für Volkswohlfahrt in einem Erlaß an Schreiben des Reichsarbeitsministers bekannt, in dem auf die Erschwerung des Berechnungsverfahrens der Bezüge der Notstandsarbeiter hingewiesen wird, die dadurch entstehe, daß der Tarif der Reichsverwaltungsarbeiter besondere Lohnsätze für jede einzelne Altersklasse vorsieht. Der Minister erklärt sich daher mit einer Zusammenfassung der Altersklassen in drei Gruppen einverstanden etwa in der Art, daß für die Arbeiter im Alter von 16 und 17 Jahren in Zukunft die Höchstgrenze gilt, die jetzt für die Bezüge der 17jährigen besteht, für die Arbeiter im Alter von 18 bis 20 Jahren die bisherige Höchstgrenze für die 21jährigen, für die Arbeiter im Alter von 21 und mehr Jahren die bisherige Höchstgrenze für die 24jährigen und älteren Arbeiter.

* **Frauengruppe.** Heute abend 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus" Versammlung. Genossin Becker spricht über: „Die Stellung der Frau von der Urzeit bis zur Zivilisation". Dies Thema dürfte wohl alle Genossinnen interessieren und wird daher regste Anteilnahme erwartet.

* **Die Arbeiter-Esperantisten** veranstalten am 17. Februar abends 7½ Uhr im „Volkspark" eine umfangreiche Ausstellung von Esperanto-Literatur, ausländischer Korrespondenz usw. Ein Leipziger Genosse spricht über das aktuelle Thema: „Arbeiterschaft und Esperanto". Näheres ist aus der Anzeige in der Sonnabend-Nummer ersichtlich.

* **Lehrerabbau und Nebenbeschäftigung.** Durch Erlaß vom 3. Februar 1920 wurde angeordnet, daß die Schulaufsichtsbehörden bei Genehmigung von Nebenbeschäftigungen der Lehrer und Lehrerinnen nicht mehr an die Höchstgrenze einer bestimmten Stundenzahl der Nebenbeschäftigung gebunden sind. Wie in einer Bekanntmachung des Unterrichtsministeriums neuerdings ausgeführt wird, haben sich seitdem die in Betracht kommenden Verhältnisse in mehrfacher Hinsicht geändert. Das Arbeitsmaß vieler Lehrer und Lehrerinnen in ihrem Hauptamt ist infolge der Abbau- und Sparmaßnahmen erhöht worden. Auch macht es die Lage der unbeschäftigten Schulamtsbewerber und mancher abgebauten Lehrer und Lehrerinnen erforderlich, daß ihnen nicht durch eine zu ausgedehnte entgeltliche Nebenbeschäftigung der im Schuldienst stehenden Lehrer und Lehrerinnen die Erwerbsmöglichkeit beschränkt wird. Es wird deshalb nunmehr bestimmt, daß vom Beginn des neuen Schuljahres an bei Genehmigung von Nebenbeschäftigungen über die Zahl von acht wöchentlichen Stunden (einschließlich entgeltlichen Unterrichts an Berufsschulen) in der Regel nicht hinauszugehen ist.

* **Neue Dienstmützen für Telegraphenarbeiter.** Für die im Außendienst mit Bauarbeiten zur Herstellung und zur Unterhaltung der Telegraphen-, Fernsprech- und Funkenanlagen beschäftigten Arbeiter der Deutschen Reichspost sind neue Dienstmützen aus graumeliertem Stoff und mit einem Schirm aus lackierter Vulkanfiber eingeführt worden. Als besonderes leicht erkennbares Zeichen für die Zugehörigkeit eines Arbeiters zur Deutschen Reichspost sind die auf der Mützenklappe mit orangefarbener Seide eingestickten Buchstaben T V anzubringen. Telegraphenarbeiter sind fernerhin nach wie vor mit amtlich gestempelten und unterschriebenen Ausweiskarten mit Lichtbild zu versehen, die sie beim Betreten eines Grundstücks oder einer Wohnung unaufgefordert vorzuzeigen haben.

* **Polnische Auswertungsstelle.** Das Auswärtige Amt, Abteilung Polen, Berlin W 8, Wilhelmstraße 74, ist bereit, an Interessenten Auskunft über Rechtsfragen in deutsch-polnischen Staatsangehörigkeits-, Options- und Liquidations-Angelegenheiten zu erteilen. In Fragen der Aufwertung von Forderungen in Polen wird den Beteiligten empfohlen, sich an den Deutschen Ostbund, Berlin W 9, Potsdamer Straße 14, zu wenden. Im übrigen werden Auskünfte in Staatsangehörigkeitsfragen im Polizeipräsidium, Zimmer 88, erteilt.

* **Die Feuerwehr** wurde an dem Sonnabendabend nach dem Grundstück Merseburger Straße 169 gerufen, wo durch Ueberheizen eines Ofens ein Schornsteinbrand entstanden war. Nach einer Tätigkeit von einer Stunde konnte die Feuerwehr wieder abrücken. In der darauffolgenden Nacht gegen 2.15 Uhr mußte die Feuerwehr abermals nach dem genannten Grundstück ausrücken, da durch den vorhergegangenen Schornsteinbrand ein Balken entzündet worden war. Die Feuerwehr beseitigte den Brand in 1½stündiger Tätigkeit.

* **Straßenbahnunfälle.** In der Freiimfelder Straße stießen am Sonntag gegen 10 Uhr abends ein Straßenbahnwagen und ein Lastfuhrwerk zusammen, wobei der Straßenbahnwagen erheblich beschädigt wurde. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Schuldfrage wird noch geklärt. — Am Sonntagabend stießen in der Gr. Ulrichstraße (Ecke Jägergasse) ein Straßenbahnwagen und ein Personenkraftwagen zusammen, ohne daß Schaden verursacht wurde.

* **Unfälle auf der Straße.** In der Leitergasse wurde am Sonnabend mittag ein 14jähriger taubstummer Knabe von einem Personenkraftwagen angefahren und zur Seite geschleudert, ohne aber verletzt zu werden. Den Kraftwagenführer trifft keine Schuld. — Sonnabend abend wurde in der Merseburger Straße ein Mädchen in bilinlosem Zustande infolge Krämpfe aufgefunden. Es wurde mit dem Krankenwagen nach seiner Wohnung gebracht. — An der Ecke Nikolaistraße Schlamm wurde in der Nacht zum Sonntag gegen 1,15 Uhr ein Mann von Krämpfen befallen. Da er sich nicht erholte, mußte auch hier der Krankenwagen herbeigerufen werden.

* **Unfall im Kino.** Am Sonntagabend brach sich ein 45jähriger Invalide beim Verlassen seines Platzes in einem Lichtspielhause den rechten Fuß. Er wurde durch den herbeigerufenen Krankenwagen der Klinik zugeführt.

Film und kleine Bühne.

U. T. Leipziger Straße. Man kennt ihn schon, Larry Semon, aber er überrascht sich auch diesmal beim Kampf mit der „neuen Gefahr". Alles kreischt vor Freude. Prächtige Bilder, anmutige Szenerien umrahmen „Südliche Liebe". Spanische Leidenschaft, die mit dem mörderischen Stahl ausgetragen wird, entbüllt lebenswarme Schicksalsmomente. Nur ein Zigeunerkind und doch ist sein Konflikt Glückskurische für vier Menschen. Zwei Sterne des westlichen Flimmerhimmels erhöhen noch den vorteilhaften Eindruck des guten Spielfilms.

U. T. Große Steinstraße. „Fräulein Sherlok Holmes". Der Film bringt die guten Geschmacks Kopenhagen eine Heimat und Gunnar Tolnaes in der männlichen Hauptrolle. Das sagt doch wohl genug. Ein packendes Spiel der Liebe mit vier lebensstrichen Geschöpfen als Handelnde. Der tragische Zwischenfall, der das Leben einer anmutigen Frau der bösen Stiefmutter, beendet, schafft trotzdem kurze Spanne Verwicklungen, die für das glückliche Ende mit zwei Liebespaaren mitbestimmend sind. — Das Publikum sieht dann noch eine Folge mehr oder minder welterschütternder Neuigkeiten als sogenannte Deutigwoche. F. e.

Der Proletarierfilm „Schmiede".

Nach vielen Bemühungen ist nun endlich, nachdem andere Großstädte schon monatelang vorher vorangegangen waren, auch in Halle der Proletarierfilm „Schmiede" zur Aufführung gelangt. Am Sonntag rollte er das erstemal im „Volkspark" über die weiße Wand. Wir hatten bereits mitgeteilt, daß die Inhaber der größeren Lichtspieltheater in Halle es abgelehnt hatten, ihre Räume und Einrichtungen für diesen Film zur Verfügung zu stellen. Das Biophon-Theater, dessen Besitzer sich zur Aufführung bereiterklärte, erschien dem veranstaltenden Bildungsausschuß der freien Gewerkschaften aber in Erwartung eines Massenbesuchs zu klein. Es wurde daher beschlossen, den großen „Volkspark"-Saal zu nehmen. Die erste Vorführung am Sonntag zeigte denn auch bereits, daß die Arbeiterschaft Halles diesen Film sehen will. Wenn auch bei der Größe der Einwohnerzahl ein stärkerer Besuch zu erwarten gewesen wäre, so ist der gestrige Besuch in Anbetracht der gewerkschaftsfeindlichen Gegenpropaganda doch ein recht zufriedenstellender gewesen.

Leider war es nicht möglich, bei der ersten Vorführung einige technische Mängel zu beseitigen. Da der große Saal des „Volkspark" am Sonnabend noch durch das Stiftungsfest des Böttcherverbandes belegt war, konnte das Ausprobieren des Vorführungsapparates nicht genügend vorbereitet werden, so daß der erste Teil des Films unklare Bilder zeigte, wodurch eine Unruhe im Publikum entstand. Im zweiten Teil konnte schon eine Besserung erzielt werden, und die zweite Vorführung hatte die erwähnten Mängel nicht mehr aufzuweisen. Mit Spannung wurde die in dem Film dargestellte Handlung verfolgt, und als am Schluß dann in einer Apotheose der einheitliche Zusammenschluß der Arbeiterschaft symbolisiert wurde, stimmten die Anwesenden in die vom Orchester intonierte „Internationale" begeistert ein. Die Handlung des Films ist die folgende:

In düsterem Nebel liegt fauchend, stampfend und glühend das Riesenwerk. Dampf und Feuer atmend im grauen Morgen. Weithin tönt der Pulsschlag der Arbeit aus allen Werkstätten und hinter finsteren Mauern regen sich tausende fleißiger Hände um das tägliche Brot. Mitten im Getriebe dieses großen Werkes steht der Schmied Arnold, kräftig den Hammer schwingend. Er und seine Kameraden sind organisierte Arbeiter, während drüben in Werkstätte 18, welche unter Leitung des Werkmeisters steht, nur unorganisierte Arbeiter sind. Ein Teil der Arbeiter befindet sich im Streik, unter ihnen auch der Schlosser Fabian. Da den Unorganisierten keinerlei Streikunterstützung gezahlt wird, sehen er sowie seine Freunde sich gezwungen, den Streik ohne jeden Erfolg abzubrechen.

Dem Schmied Arnold will es trotz eifrigster Arbeit nicht gelingen, für seine Mutter und Schwestern den Ernährer zu ersetzen, und die Frauen sind gezwungen, Heimarbeit für die Fabrik zu leisten. Hilde, die ältere der beiden Schwestern, ist mit einem Arbeiter verlobt, welcher sich dem Trunke immer mehr und mehr ergibt. Die jüngere Schwester Erna kommt bei ihren Lieferungen täglich in die Fabrik. Eines Tages wird der Sohn des Generaldirektors auf das hübsche Mädel aufmerksam und weiß ihr durch allerlei Versprechungen den Kopf zu verdrehen. Inzwischen ist es in der Werkstatt der Schmiede zu einer kleinen Revolution gekommen. Diese Männer, bewußt ihres Wertes, wollen nicht mehr für einen Hungerlohn arbeiten und senden daher ihren Vertrauensmann, den Schmied Arnold, zum Generaldirektor Berthold. Von diesem verlangt er sein und seiner Kameraden Recht, doch mit den Worten: „Erst fort mit dem Achtstundentag, dann Mehrbezahlung" weist ihn der Generaldirektor ab. Außerdem droht er bei einem Streik der Schmiede sofort sämtliche anderen Arbeiter auszusperren. Arnold bringt diese Botschaft seinen Kameraden.

Am selben Abend findet eine Betriebsversammlung statt, an welcher auch der Schuster Daehn teilnimmt, trotzdem er als selbständiger Handwerker nicht organisiert ist. Auch diesem gelingt es nicht, trotz fleißigster Arbeit für sich und die Seinen das Nötigste zu verdienen, trotzdem sein junger Sohn ihm schon fleißig zur Hand geht. Am Schluß der Versammlung werden der Betriebsrat und Schmied Arnold beauftragt, den Generaldirektor noch spät abends in seiner Wohnung aufzusuchen und zu verhandeln. Sie machen sich auf den Weg, ohne zu ahnen, daß kurz zuvor Arnolds Schwester den gleichen Weg gegangen ist, den lockenden Versprechungen des jungen Bertholds nicht länger widerstehen können. Die Hausdame empfängt die Arbeiter und führt sie zu dem Direktor Berthold jun., der die Arbeiter verwirrt empfängt, nachdem er Erna zuvor im Nebenzimmer versteckt hat. Doch die Arbeiter verlangen den Generaldirektor zu sprechen und während die Hausdame zu diesem geht, um die Arbeiter zu melden, stürzt im Nebenzimmer durch eine unvorsichtige Bewegung Ernas, eine Vase zu Boden und Arnold, den Zusammenhang an der schuldbewußten Miene des jungen Bertholds ahnend, will ins Nebenzimmer eindringen. Berthold sucht ihn daran zu hindern und es kommt zu einem Handgemenge, in dem der junge Schmied der Stärkere bleibt. Inzwischen ist es Erna gelungen, aus dem Zimmer zu entkommen und Arnold findet nur ein leeres Zimmer vor.

Die Unterredung mit dem Generaldirektor führt zu nichts, da dieser sich auf die ihm gegebenen Richtlinien beruft. Der Streik ist nicht mehr zu vermeiden und die Arbeiter gehen ihres Weges.

Nun beginnt die schwerste Zeit der unorganisierten Arbeiter und kleinen Handwerker. Bei Schuster Daehn ist die Not groß. Die Frau liegt infolge der Entbehrungen krank zu Bett und die kleinen Kinder schreien nach Brot. Hilde Arnold versucht, trotz der eigenen Not zu helfen. Da ihr Bruder Streikunterstützung bekommen hat, kann sie dem Schuster Daehn sogar einige Mark zurücklassen und somit ist für die größte Not gesorgt.

Durch den Streik haben sich in den Schächten und in der Fabrik große Wassermengen angesammelt, die sich ihren Weg durch die Mauern bahnen und das ganze Werk in größte Gefahr bringen. Voll Pflichtbewußtsein und ohne Bedingungen zu stellen, sind plötzlich die streikenden Arbeiter da, um die Notstandsarbeiten zu verrichten und das Werk vor dem Zusammenbruche zu retten. Nochmals versuchen der Betriebsrat, Arnold und sein Kameraden eine Einigung zwischen Direktion und Arbeiterschaft herzustellen, doch auch diesmal ist es unmöglich.

Durch das heldenmütige Eintreten der Arbeiter bezwungen, will die Direktion den Wünschen der Arbeiter endlich nachkommen und der Streik hat nun sein Ende erreicht. Der Betriebsrat verkündet den Sieg und Arnold ergreift das Wort, um seinen Kameraden eine lichtere Zukunft zu zeigen. Der einheitliche Zusammenschluß aller Arbeiter unter einer Fahne führt dorthin.

*

Einige Worte müssen wir an dieser Stelle noch über das Verhalten des „Klassenkampf" sagen. Ihm war vor einigen Tagen ein Artikel zugestellt worden, der auf diesen Film hinwies. Dieser Artikel erschien auch im „Klassenkampf". Plötzlich erschien aber am Sonnabend im „Klassenkampf" unter der Ueberschrift „Zur besonderen Beachtung" eine sogenannte „Berichtigung", in der in Fettdruck darauf hingewiesen wurde, daß der vorangegangene Artikel „Schmiede" „durch ein verhängnisvolles technisches Versehen" in den „Klassenkampf" hineingekommen ist. Des weiteren wird vor dem Besuch der Film-Vorführungen im „Volkspark" gewarnt, da diese vom ADGB. ausgehen, und jeder, der diese Vorführungen besuche, das „reformistische Verräter-Gesindel" unterstütze. Das verhängnisvolle technische Versehen einige Tage vorher hat den „Klassenkampf" aber nicht abgehalten, noch am Sonnabend das Inserat für den Schmiedefilm aufzunehmen. Also hinten nicht er und vorne pickt er. Darüber und über den Wert des Films für die Arbeiterschaft wird noch etwas zu sagen sein. Heute wollen wir nur mitteilen, daß eine der Redaktion des „Klassenkampf" sehr nahestehende Person am Sonntag nach der Aufführung sich dahin geäußert hat, daß ihn ihn ein Film noch niemals so ergriffen habe wie der Film „Schmiede". In dieses Urteil wird jeder einstimmen, der diesen Film gesehen hat.

Arbeiter, zeigt, daß Ihr Euch Euer Urteil selbst zu bilden verstehet! Besucht die Filmvorführungen im „Volkspark" und sorgt durch eifrige Propaganda dafür, daß es ein Massenbesuch werde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250216-10/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Der neue Vizepräsident der Merseburger Regierung.

Durch Erlaß des Staatsministers für Inneres ist der Ministerialrat Fehrmann zum Vizepräsidenten bei der Merseburger Regierung ernannt worden. Er gilt als der Nachfolger des nach Düsseldorf übergesiedelten Vizepräsidenten Dr. Coßmann.

Unterbezirkskonferenz Delitzsch-Torgau.

Am Sonntag fand in Eilenburg die erste gemeinsame Unterbezirkskonferenz des Unterbezirks Delitzsch-Torgau nach der Neugestaltung der Organisation statt. Die meisten Ortsvereine waren durch Delegierte vertreten, vom Bezirksvorstand war Genosse Reichstagsabg. Peters (Halle) anwesend.

Nach Eröffnung gedachte der Vorsitzende Genosse Thomas (Delitzsch) zunächst des verstorbenen Genossen Thiele und Plath, zu deren Andenken sich die Versammlung von ihren Plätzen erhob. Dem Genossen Graupe (Delitzsch) wünschte er anläßlich des 85. Geburtstages noch viele Jahre geistiger Rüstigkeit.

Im Bericht über die Organisation betonte Genosse Buhle (Delitzsch), daß jetzt die Verhältnisse gegenüber den vergangenen Jahren besser sind und nun neben der rein agitatorischen Tätigkeit in Zukunft vor allem Bildungsarbeit zu leisten sein wird. Er gab dann statistische Unterlagen zu der Frage der Sitzverlegung des Sekretariats nach Eilenburg und Verschmelzung der Kreise Torgau und Delitzsch. Wenn die Einteilung der Unterbezirke die gleiche bleibt, wäre er für Sitzverlegung des Sekretariats. Die darauf einsetzende Aussprache brachte die zum Teil gegenteiligen Ansichten über die Zweckmäßigkeit eines anderen Aufbaues der Organisation zum Ausdruck. Schließlich einigte man sich, die vorliegenden Anträge dem Bezirksvorstande als Material zu überweisen. Angenommen wurde der Antrag Delitzsch und die Richtlinien des Genossen Schwahn zu diesem Antrag, nach denen die systematische Bildungsarbeit im Unterbezirk einem aus drei Mitgliedern bestehenden Bildungsausschuß übertragen wird. Geplant sind regelmäßige Vorträge theoretischer Art in den Ortsvereinen Einrichtung von Funktionärkursen und dergleichen. Genosse Peters machte dazu längere Ausführungen.

Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl des alten Vorstandes. In den Bildungsausschuß sollen Vertreter von Eilenburg und Torgau gewählt werden. Die Vertreter zum Bezirksausschuß der Arbeiterwohlfahrt in Halle sollen von der Arbeiterwohlfahrt Delitzsch gestellt werden.

Das politische Referat wurde wegen der vorgerückten Zeit abgesetzt. Nach Erledigung einiger Anträge wurde die Konferenz mit einem Hoch auf die Partei geschlossen.

Sangerhausen. Die geprellten Volksschullehrer. Trotz aller schlimmen Erfahrungen, welche die Lehrerschaft unserer Volksschule seit Jahrzehnten mit den reaktionären Parteien gemacht hat, erschien es unseren Jugenderziehern doch ratsam wie schon bei früheren Wahlen, so auch bei den letzten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung die Steigbügel des Bürgerblocks zu halten. Die Freude unter den Lehrern war groß, als die Leute um Herrn Gerth gnädigst gestatteten, daß auch einen der Ihrigen mit auf die Bürgerblock-Liste kam, wenn auch an aussichtsloser Stelle; man war doch wenigstens „drauf". Bald aber dämmerte in den Hirnen der Lehrer, daß damit nichts erreicht sei. Man versuchte nun den Starken zu spielen, der sich nicht so ohne weiteres in die Ecke stellen läßt. Aber der unentwegte „Demokrat", Käsefabrikant Schmidt, übernahm es, die Widerspenstigen zu zähmen. Er redete gut zu und stellte in bestimmte Aussicht, daß bei Freiwerden eines Mandats ein Lehrer nachrücken sollte; der Stadtverordnete Gerlinghoff, so sei in der Fraktion beschlossen, würde zum Stadtrat avanzieren, wonach er sein Mandat als Stadtverordneter niederlegen werde. Sein Nachfolger werde dann der Lehrer sein. Aber es kam anders. Nach Gerlinghoffs Mandatsniederlegung wurde ein Gewerbetreibender als Nachfolger bestimmt, und auch dann, als weitere Vakanzen eintraten, schob man die Lehrer beiseite, so daß noch heute die Block-Fraktion lehrerrein ist. Nun stehen sie, die so treuen Wähler der Lehrer- und volksschulfeindlichen Block-Fraktion weinend und klagend wie weiland die Erzväter Israels an dem Grabe ihrer Hemmung und — wählen das nächstemal wieder „treu-deutsch".

Bitterfeld. Arbeitsmarkt. In der Berichtswoche ist sowohl die Zahl der Arbeitsuchenden als die Zahl der unterstützten Erwerbslosen zurückgegangen. In der Chemischen Industrie wurden in der Berichtswoche 51 ungelernte Arbeiter und 26 Arbeiterinnen eingestellt. Weiterer Bedarf insbesondere an ungelernten Arbeiterinnen ist noch in erheblichem Maße vorhanden. Der Bedarf kann mit Hilfe auswärtiger Arbeitsnachweise gedeckt werden. Auch im Bergbau ist eine Besserung zu verzeichnen. Der Bedarf kann örtlich gedeckt werden. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist zurückgegangen auf 141 männliche und 7 weibliche in der Stadt Bitterfeld (148) und 526 männliche und 47 weibliche (573) im Kreis Bitterfeld. Insgesamt also auf 721 Unterstützungsempfänger mit 952 Angehörigen. Der Kontrolle des Arbeitsamtes haben sich unterstellt 1027 männliche und 250 weibliche Erwerbslose = 1277.

Bitterfeld. Ein Erpresser festgenommen. Ein stellungsloser Kellner aus Mannheim wurde wegen versuchter Erpressung festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt. Er richtete schriftlich an eine hiesige Persönlichkeit das Ersuchen, ihm unmittelbar 1000 Mk. zuzuweisen, andernfalls er ihre Existenz bedrohen würde.

Piesteritz. Massenentlassungen. Die Verwaltung der Stickstoffwerke in Piesteritz hat für Ende März 112 kaufmännischen und technischen Angestellten gekündigt.

Löbejün (Kreis Delitzsch). Mit Speck fängt man Mäuse. Seit einiger Zeit betätigt sich in unserem Orte ein Großgrundbesitzer, namens Bauermeister, unrühmlichst bekannt seit Beendigung des Krieges mit „praktischer Arbeiterhilfe". Vor lauter Arbeiterfreundlichkeit will er natürlich nicht dulden, daß sich „seine Arbeiter" der zuständigen Organisation anschließen. Trotzdem hatte es ein Teil der Arbeiter vorgezogen, der Organisation beizutreten. Dies mußte natürlich gerächt werden, und Herr Bauermeister sann Tag und Nacht nach einem Mittel, um die rote Sumpfpflanze wieder abzutöten. Durch kleinliche Versprechungen und auch kleine Nebeneinnahmen des Einzelnen hatten sich die Arbeiter auch betören lassen, die Organisation wieder zu verlassen. Jetzt hat der noble Herr einen neuen Zweig seiner Arbeiterwohlfahrt entdeckt. In einer seiner Werkwohnungen hat er einen Konsumverein eingerichtet. Dadurch will er wahrscheinlich erreichen, daß er seine Arbeitssklaven noch mehr in seine Hörigkeit bekommt, denn haben die Arbeiter erst einen Teil Schulden, dann sind sie ihm auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Wo den geringen Lohn, den Herr Bauermeister seinen Arbeitern zahlt, dürfte keine Verschuldung sehr schnell eintreten. Ein Teil der Arbeiter hat dies auch bereits eingesehen und möchte mit der ganzen Sache nichts zu tun haben. Doch Herr B. läßt von seinem Vorhaben nicht so leicht ab und animiert so lange, bis auch der Letzte zum Einkauf bereit ist. Auch Verwandte versucht er mit seiner Wohltat zu beglücken. Selbstverständlich soll dem Ganzen die Krone der christlichen Nächstenliebe aufgedrückt werden und alles unter der Bezeichnung Wohlfahrtspflege segeln, um ja nicht die wirklichen Absichten merken zu lassen. Sonderbarerweise ist Herr B. auch bereit, einmal eine halbe Stunde selbst im Geschäft mit tätig zu sein. Unserer Meinung nach geschieht dies allerdings nicht aus lauter Entgegenkommen für die Arbeiter, sondern wir glauben, bloß deswegen, damit Herr Bauermeister den Einkauf seiner fürstlich bezahlten Arbeiter besser kontrollieren kann. Arbeiter, merkt Ihr noch immer nicht, welch unwürdiges Spiel man mit Euch treibt?

Torgau. Reichsbanner. So wie sich das Reichsbanner in einem der schwärzesten Reaktionswinkelchen entwickelt hat, so gut und lebendig zeigt sich auch der Geist der Kameraden. Das kam mit aller Deutlichkeit im Laufe der vor einigen Tagen stattgefundenen Versammlung zum Ausdruck. Durchdrungen von dem tiefsten republikanischen Geiste wurde beschlossen, die diesjährige Bannerweihe in durchaus großem Stile zu feiern. Die Versammlung sprach sich einmütig dafür aus, daß nichts unversucht gelassen werden dürfe, alle Ortsgruppen der näheren und weiteren Umgebung in möglichst starker Zahl nach hier zu bekommen. Für Nachtquartiere wird reichlich gesorgt werden. Mit der Feier der Bannerweihe soll auch in diesem reaktionärsten Orte der Reaktion der republikanische Gedanke in die breitere Oeffentlichkeit und vor allen Dingen in die Reihen derjenigen getragen werden, die heute noch „passiv" zur Seite stehen. Es gilt dem unverschämten und fast an die Grenze des Terrors reichenden Treiben der Rechtsorganisationen das Handwerk gründlich zu legen und die bereits brüchigen und morschen Reihen der „moralischen Moralprediger" aufzureiben. Deshalb: Alle Ortsgruppen müssen der Einladung des Reichsbanners Torgau folgen. Mit Frei Heil! Auch in Magdeburg am 22. Februar wird die Ortsgruppe vertreten sein.

Düben. Bürgermeisterwahl. In der vor acht Tagen hier stattgefundenen Stadtverordneten-Versammlung ist nun doch Hauptmann Zastrow aus Düben wider Erwarten mit 8 Stimmen gegenüber Regierungsassessor Schulz (Sondershausen) und Obersekretär Linke (Bitterfeld), die 5 bzw. 2 Stimmen auf sich vereinigten, als Sieger hervorgegangen. Der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Zäpernick, der in der vorletzten Sitzung mit Hauptmann Zastrow eine scharfe Kontroverse hatte, gab infolge dieses Ergebnisses sofort seine Funktion als Vorsteher ab. Nach der Wahl wurde das Ergebnis natürlich mit einem lebhaften Freiheitrummel im „Preußischen Hof" gefeiert. Auffällig war, daß auch die beiden kommunistischen Stadtverordneten Görner und Klitz dort anwesend waren; wir wollen jedoch den bürgerlichen Besuchungen, daß diese Herrn Zastrow ihre Stimme gaben, keinen Glauben schenken, trotzdem Lehrer Fritzsche deren Anwesenheit besonders feierte. Jedenfalls ist das Wahlergebnis durchaus als ein Pyrrhussieg des Herrn Zastrow zu bezeichnen; bei einer Bürgerabstimmung hätte kaum ein Drittel der Bürger für ihn gestimmt. Wie dem sei, an dem Wahlergebnis interessiert uns insbesondere folgendes: Die Rechtsparteien warfen immer der Sozialdemokratischen Partei vor, daß sie Futterkrippenpolitik treibe, daß sie die bewährten Berufsbeamten durch Leute aus dem Volke, die nicht über genügend Vorbildung verfügten, in der Verwaltung verdränge. Bei der hiesigen Bürgermeisterwahl waren beide Gegner Zastrows Leute aus der Verwaltungspraxis, oder wie man so schön sagt, „Fachleute", während Herr Zastrow als ehemaliger Offizier unseres Erachtens zweifellos weniger Eignung hat als seine beiden Mitbewerber. Unsere Genossen im Stadtparlament ließen sich besonders von diesen Gesichtspunkten leiten und traten deshalb für Assessor Schulz ein, trotzdem dieser auch politisch rechts eingestellt ist. Wir rechneten damit, daß Schulz schließlich nicht bauernd in Düben bleiben würde, daß daher eine neue Wahl auf Grund der kommenden Städteordnung stattfinden würde, die bekanntlich nur 6 Jahre als Amtsdauer der Bürgermeister vorsehen soll. Weiterhin ließen wir uns von der Erwägung leiten, daß kein Dübener wieder gewählt werden soll, um endlich die Vetternwirtschaft auf dem Rathaus zu beseitigen. Trotz ihrer gegenteiligen Erklärungen sind jedenfalls mehrere bürgerliche Stadtverordnete, darunter auch ein Mitglied der „Mittelpartei" für Herrn Zastrow eingetreten; nur so war diese Wahl möglich. Die konservative „Fachleute"agitation war also wieder mal gemeine Lüge. Auffällig war auch, daß es hieß, daß Herr Zastrow nicht mehr Mitglied des „Stahlhelms" sei, was aber nach unseren Informationen durchaus noch der Fall ist. Soweit wir Herrn Zastrow kennen, wird er ja keine Stahlhelmpolitik auf dem Rathaus treiben wollen, eine reaktionäre Politik, die etwa nur einzelnen einflußreichen Gruppen der Stadt zugute kommt, wird stets auf unsern schärfsten Widerstand stoßen. Wir warten die Taten des neuen Bürgermeisters ab. Bei der nächsten Stadtverordnetenwahl wird die Einwohnerschaft die zu wählenden Vertreter jedoch genau zu sieben haben.

Falkenberg. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Falkenberg, hielt seine diesjährige Generalversammlung im Gesellschaftshause ab. Der Ortsgruppen-Vorsitzende, Kamerad Zschernitz, gab einen kurz gefaßten Bericht über die Tätigkeit des Reichsbundes im verflossenen Jahre. Nachdem nahm der Kreisverbandsvorsitzende, Kamerad Philipp, das Wort. Er gab kurz Bericht über die Ortsgruppenverhältnisse und mangelnden Versammlungsbesuch seitens der Mitglieder und über Heilfürsorge für Kriegerhinterbliebene. Auch wandte er sich mit berechtigter Entrüstung gegen die geringe Rentenversorgung bei Kriegsbeschädigten. Beim Bericht über die Tätigkeit des Kreisverbandes wies er darauf hin, daß am 15. März der nächste Kreisverbandstag in Falkenberg stattfindet. Hieran schloß sich die Vorstandswahl. Sie erledigte sich durch Wiederwahl bis auf die des 2. Schriftführers und eines Beisitzers. Anschließend fand noch eine Besprechung über eine diesjährige Holzbelieferung und Konfirmationsbeihilfe statt.

Bad Liebenwerda. Stadtverordnetensitzung. Die Stadtverordnetensitzung am Dienstag hieß die Umbenennung der Ortsbezeichnung in „Bad Liebenwerda" gut. Zur Unterbringung der einzelnen Schulklassen sollen die Räume der leer werdenden Kantor Schmeißerschen Dienstwohnung als Klassenzimmer eingerichtet werden. Das Schulgeld für die Berufsfachschulen erfuhr eine Neuregelung. Für den in Herstellung begriffenen Sportplatz wurden weitere 1000 Mark bewilligt. Für den Hilfsverein für Blinde bewilligte die Versammlung einen Beitrag von 10 Mark. Zwei Anträge auf Ankauf eines städtischen Kleinfamilienhauses wurden genehmigt und der Magistrat mit den erforderlichen Arbeiten betraut. Das Amt als Schiedsmann übernahm wieder Stadtverordneter C. Müller, als Stellvertreter wählte die Versammlung den Pensionär Blumenau. Weiter nahm die Versammlung nachträglich einen Kassen-Revisionsbericht entgegen. Zur Steuerung des Bettlerunwesens beabsichtigt die Stadt, Gutscheine von 2 und 5 Pfennig herauszugeben. Diese Gutscheine können nur in der Herberge, evtl. noch bei einigen anderen Geschäftsleuten gegen Waren eingelöst werden. Mit dieser Einrichtung soll der Kauf von Alkohol unterbunden werden. Die in Blocks zur Ausgabe gelangenden Gutscheine kann jeder Einwohner von der Stadtverwaltung gegen Entrichtung des Nennwertes beziehen.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 16. Februar 1925.

Schutz der Stadt Merseburg gegen Verunstaltung.

Schon in der Zeit vor dem Kriege war ein besonderer Ausschuß zur Bearbeitung einer Ortssatzung eingesetzt worden, der sich mit dem Schutze der in der Stadt Merseburg vorhandenen künstlerisch und geschichtlich wertvollen Bauten und Stadtbilder gegen Verunstaltung und mit dem Schutze neu zu bebauender Stadtteile gegen verunstaltende Neubauung befassen sollte. Die Vorarbeiten, die schon zur Aufstellung eines Satzungsentwurfes geführt hatten, sind durch den Krieg und seine Folgezeit unterbrochen, jetzt aber vom Magistrat wiederaufgenommen worden. Sie haben nach eingehender und sorgfältiger Durchberatung in der Baudeputation und einer von der Baudeputation eingesetzten besonderen Kommission zu der Ortssatzung geführt, die jetzt von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt wurde.

Diese Ortssatzung beschränkt sich im ihren ersten Teilen damit, einen Schutz gegen Verunstaltung für die künstlerisch und geschichtlich wertvollen Stadtteile und Einzelgebäude zu schaffen (Punkt 1 bis 3), aber auch bei künftigen Neubauten die Baugenehmigung von der Erfüllung erhöhter städtebaulicher und baukünstlerischer Forderungen in bezug auf Firm und Farbe in bestimmten Stadtgegenden abhängig zu machen.

Grundsätzlich ist dabei von dem Gesichtspunkt ausgegangen worden, daß alle auf geschichtlichen oder künstlerischen Wert Anspruch erhebenden Ortsteile und Gebäude gegen Verunstaltung nicht nur an ihnen selbst, sondern auch an ihrer Umgebung geschützt werden.

---

* **Als erste Frühlingsboten** sind an verschiedenen Stellen die Stare beobachtet worden. — Die alten Bauernregeln vom Nachwinter sind dieses Jahr bestimmt außer Kurs gesetzt.

* **Wegführung historischer Kunstschätze.** Im hiesigen Schloß befand sich ein kunstgeschichtlich hoch interessantes, in seiner Art äußerst seltenes Spiegelzimmer, das alte Porzellankabinett der Herzöge. Es war durch Alter und mangelnde Pflege dem völligen Verfall preisgegeben, wenn nicht durch Aufwand größerer Geldmittel durchgreifende Schutzarbeiten erfolgten. Da weder die Stadt noch der Fiskus diese Mittel aufbringen konnten, hatte das Staatsministerium die Ueberführung des Zimmers nach Berlin angeordnet. Dort wird es aus den Mitteln der Museumsverwaltung sorgfältig restauriert und in seiner früheren Gestalt wiederhergestellt. Im Kreisen der hiesigen Heimatfreunde wird die Wegnahme des Spiegelzimmers außerordentlich bedauert. Wie wir hören, hat der Verein für Heimatkunde durch Eingaben usw. alles

---

Die bunten Schleier.

Roman von Alfred Schirokauer.

8] (Nachdruck verboten.)

Das tat sehr weh. Und dennoch war es schon ein Glück, ihn zu sehen, mit ihm dieselbe witzige Salzluft zu atmen, im gleichen Rhythmus der Wogen mit ihm geschaukelt zu werden. Auch das war schon ein reiches und gutes Glück.

In diesen sich zu Tagen reihenden Stunden, in denen sie auf den von den Sprühwassern des Lenzmeeres feuchten Planken auf und nieder marschierte, suchte sie sich auf die harrende große Aufgabe zu konzentrieren, an die Stadt, ihre schlafende Stadt unter der Erdoberfläche, ihr griechisches Land — Vineta zu denken. Doch die Gedanken irrten ab, entwichen ihrem Willen hinüber zu dem malenden Manne, der ihre bittende Gegenwart nicht fühlte, noch empfand. Und dann war es doch ein großer Schmerz, so völlig vergessen und überflüssig zu sein.

Am Abend, wenn die Dunkelheit das Schiff umbrauste und die elektrische Bogenlampe am Maste unter dem schwarzblauen Sternenhimmel geisterhaft dahinsauste, saßen sie zusammen in der kleinen braungetäfelten Messe. Dotto da hielten der joviale Kapitän oder der kleingeistige erste Offizier es oft für ihre Hausherrnpflicht, die Gäste des Charterers zu unterhalten.

Aber dann und wenn erhaschte Gentilla des Abends dennoch eine innige Stunde. Er saß gebeugt über Werken der Ausgrabungen von Troja, Mykenae, Priene, Mytilene, Pergamon und Pompeji. Auch vor ihr lag irgendein Buch. Doch sie blickte nicht hinein, wandte niemals eine Seite um. Und schwieg, fast andächtig, sein emsiges Studium nicht zu stören. Dann lag das bunte Bild der Alexanderschlacht, dieses Wunder Pompejis, wohl vor ihm. Mit raschen Bleistiftstrichen ergänzte er die zerstörten Stellen.

„Ob es wohl so war?" fragte er.

Sie schnellte empor, trat zu ihm.

„Vielleicht," sagte sie, und ihre Stimme war heiser vor Glück, daß er ein Urteil von ihr begehrte.

Denn begann er zu sprechen und fast zu schwärmen von dem, was ihrer vielleicht unter der griechischen Erde harrte.

„Wenn wir solche Gemälde fänden! Neue Offenbarungen antiker Malerei. Was hat man vor diesen Glücksfunden in Pompeji von antiker Malerei gewußt? Nichts. Sieh dir das an — dieses Pferd im Mittelpunkt des Bildes. Und die Bewegung des Ganzen. Urbegreiflich. Impressionistisch, als wäre es gestern gemalt. Aber große Kunst ist eben zeitlos und ewig „modern". Was sagt dir dein Gefühl? Werden wir die Stadt finden?"

„Mein Gefühl sagt: ja."

„Freilich," dämpfte ihr wissenschaftlicher Sinn sofort. „dürfen wir nicht vergessen, daß Phytae nur eine kleine dorische Küstenstadt gewesen ist."

„Auch Pompeji und Herkulanum waren keine römische Provinzstädte."

„Freilich. Aber viele vornehme Römer hatten dort ihre Villen. Der Kaiser Drusus, Cicero und viele andere. Es war Mode, in Pompeji sein Landhaus zu haben.

„Vielleicht war das auch bei Phytae der Fall," meinte er.

„Vielleicht," lächelte sie. „Es war ja eine Seestadt. Jedenfalls seine Privathäuser. Wenn wir Phytae finden, werden wir einen Einblick in das häusliche Leben des Altertums gewinnen, wie er noch niemals Augen von heute vergönnt war. Fast alles, was wir von der griechischen Antike besitzen, sind spärliche Reste von Prunkbauten. Weil wir keine durch Verschüttung konservierte Stätte besitzen. Jetzt aber —"

Und sie begann die Stadt vor ihm aufzubauen, mit ihren Straßen und Gassen und Plätzen, ihren Menschen, ihren Leiden und Freuden. Um ihre Stirn mit den starken Intelligenzbuckeln lag ein Leuchten, in ihren Augen schimmerte die Weihe der Verklärung. Denn jeder wahre Archäologe ist ein Dichter. Sie dichtete ihm die Stadt unter der Erde. Er sah ihr Leuchten, er hörte ihre Dichtung. Und der große Künstler in ihm empfand die Schwester im Geiste. Hingerissen, voll tiefster Achtung, reichte er ihr die Hand über den Tisch hinweg. Seine Stimme ward warm, ihr Klang weich.

„Wie bist du klug und fein!" flüsterte er. „Wie tief empfinde ich das Seherhafte deines Gemütes."

Sie zitterte vor Glück; sie atmete kaum, aus Furcht, die seltene Aeußerung seines Denkens, seine kargen Worte durchbrechenden Gefühls zu verscheuchen.

„Du bist die einzige Frau, bei der ich jemals die geistige und künstlerische Gleichwertigkeit und doch nie einen Hauch von Blaustrümpfigkeit gespürt —"

Da trat der Kapitän herein, breit, seefrisch und johlend. „Steife Brise heut Nacht auf der Brücke! Aber hier ist's mollig. Nun wollen wir's uns alle miteinander mal gemütlich machen. He, Studs, einen Grog! Aber einen, der's in sich hat!"

Es waren keine mädchenhaften sanftmütigen Wünsche, mit denen Gentilla in solchen Augenblicken den braven Führer des „Nautilus" begrüßte. Doch er wußte zwar allerhand von „weiter Fahrt" und Navigation und Stimmung der See. Von Stimmung der Seele wußte er weniger. Er merkte nichts. Und das war am Ende für alle Beteiligten von Vorteil.

Am nächsten Morgen stand Kerry wieder vor seiner Leinewand und übersah Gentilla, als wären niemals zwischen ihnen Augenblicke zarten seelischen Begegnens gewesen.

Nach den martervollen Stunden im Golfe von Biscaya hatte der Magen Mac Leans sich an das Schaukeln und Schlingen gewöhnt. Ein bißchen bleich und mitgenommen tauchte er am folgenden Morgen an Deck auf. Und nun ward er Gentillas Schatten bei der Planktenwanderung. Er empfand keinen Schmerz über des Bildhauers Malbesessenheit. Er nicht.

Mit der Lebensfreudigkeit der Genesung machte er sich dem Mädchen angenehm. Er bedrängte sie mit seiner Leidenschaft, die immer neu aufgestachelt wurde. Doch er erkannte sehr bald — zwischen Cap Finisterre und Lissabon schon — daß Gentilla mit den Frauen, die ihm bisher hold gewesen waren, nur das Geschlecht gemeinsam hatte.

Zu dieser Erkenntnis gesellte sich — zwischen Lissabon und Neapel — eine zweite. Er erkannte, daß er dieses Mädchen liebte, regelrecht liebte. Er begriff, daß jeden einmal im Leben sein Geschick ereilt. Er hatte die Liebe bisher für ein unentbehrliches Requisit der Dichtkunst gehalten, an das die Damen und Herren der Feder selbst nicht recht glaubten, das' ein verehrtes Publikum von ihnen jedoch beanspruchte und daher prompt geliefert erhielt. Und nun packte ihn dieses literarische Spielzeug wirklich und wahrhaft, ihn, den praktischen Mann des sehr realen Lebens.

Er liebte. Und tat es gründlich, wie alles, was er tat. Er stürmte blindlings drauf los. Er wollte dieses Mädchen erobern, er wollte es zu seinem Weibe machen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250216-10/fragment/page=0006

versucht, um das wertvolle Bronzewerk seinem Ursprungsort zu erhalten.

* **Wohnungsbau der Mitteldeutschen Heimstätte.** Die Zweigstelle Merseburg der Wohnungsfürsorge-Gesellschaft m. b. H. will eine Reihe mehrgeschossiger Häuser mit 3-, 4- und 5-Zimmerwohnungen, zum Teil auch kleine Eigenhäuser errichten. Wohnungssuchenden, welche durch Hergabe von Hypotheken aus eigenen Mitteln oder durch Beibringung von Hypotheken ihrer vorgesetzten Dienstbehörde oder Arbeitgeber das Miets- bzw. Eigentumsrecht käuflich erwerben wollen, wird empfohlen, sich an die Geschäftsstelle der Mitteldeutschen Heimstätte, Hallische Straße 41, zu wenden. Die Höhe der Hypotheken richtet sich nach der Größe der Wohnungen und ist zwischen 4000 und 8000 M. anzunehmen.

Lützen. Vogel fliegt in die Welt hinaus! Die bevorstehende Fahnenweihe des Stahlhelms in Starsiedel hat einen derben Stoß erfahren, weil vor etwa acht Tagen der Kassierer mit der Kasse nach dem schönen Elbflorenz verreist ist. Das ist allerdings nur aus strengem Pflichtbewußtsein, das den Stahlhelmern besonders eigen ist, geschehen, denn die Kasse kann doch nicht ohne Kassierer und der Kassierer nicht ohne die Kasse sein. Die zurückgebliebenen Holzkopfhüttigen machen allerdings etwas verdutzte Gesichter, aber die Anteilnahme im Orte ist ihnen sicher. Von welcher Seite, ist allerdings eine andere Frage.

Weißfels. Öffentliche Parteiversammlung. In einer hier für die Orte Weißfels und Zscheiplitz abgehaltenen öffentlichen Parteiversammlung, welche gut besucht war, referierte Genosse Bilke über die gegenwärtige politische Lage. In der Diskussion nahm der sich zum Deutschnationalen entwickelte Kommunist Studte das Wort, um in wüster Hetze gegen die Arbeiterführer zu Felde zu ziehen. Genosse Bilke erteilte im Schlußwort diesem Helden die gebührende Antwort. Einige Neuaufnahmen für unsere Parteiorganisation waren der Erfolg dieser Versammlung.

Nebra. Samiel hilft! Der KPD. geht es hier nicht gut. Daß sie aber, um ihre Versammlungen voll zu bekommen, sich mit einer direkten Einladung an unseren hiesigen Parteivorsitzenden wendet, zeigt, daß ihre Reihen sich immer mehr lichten. Alle KPD.-Genossen und „Volksblatt"-Leser sollen in der Versammlung der KPD. erscheinen. Diese werden sich aber dafür bedanken, sich das blöde Geschimpfe einer kommunistischen „Kanone" anzuhören; sie werden das kleine Häuflein der KPD. ebenso unter sich lassen, wie das schon im Wahlkampfe geschehen ist. Der Trennungsstrich ist gezogen und bleibt bestehen, weil ein sachliches Diskutieren mit der KPD. nicht möglich ist. Mögen sich die Kommunisten ihre neuen Busenfreunde, die Deutschnationalen, heranholen, mit denen passen sie besser in einen Topf zusammen. Wir lassen die Leutchen lieber unter sich und marschieren.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 16. Februar 1925.

Mansfelder Erzbergbau.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Halle, teilt mit: Die an dem Tarif für den Mansfelder Kupferschieferbau beteiligten Organisationen haben heute den Tarifvertrag sowie den Schiedsspruch über die verlängerte Arbeitszeit zum Quartalsschluß gekündigt.

Kladderadatsch im „Eisleber Tageblatt".

Von gewisser Seite wird uns von Zeit zu Zeit der Vorwurf gemacht, daß unsere Haltung gegenüber der hiesigen völkischen Presse von Voreingenommenheit diktiert sei. Wie unsinnig eine derartige Auffassung ist, beweisen wir durch einen Abdruck aus der politisch-satirischen Zeitschrift der „Kladderadatsch". Diese Zeitschrift behauptet in einer ihrer jüngsten Nummern folgendes:

Eisleben. P. A. Nr. 248 des „Eisleber Tageblatt" veröffentlicht einen längeren Artikel, in dem die Sicherheit der Sparkasseneinlagen bis in die Puppen gerühmt wird; er schließt mit den Worten: „Die sicherste Geldeinlage ist heute die Sparkasse." Auf derselben Seite lesen wir dann: „Vorgau. Schwere Verluste der Kreissparkasse. Die Vorgauer Kreissparkasse erlitt durch unverantwortliche Bankgeschäfte einen Verlust von rund 300 000 Mark. Der Sparkassendirektor Bude ist daraufhin vom Amte suspendiert und der Landrat Drews beurlaubt worden." Verflucht! Da sieht man, wie vorsichtig eine Zeitung bei der Einreihung ihrer Artikel sein muß.

Soweit diese Zuschrift. Uns wundert dieses Lohnwabohu in der Redaktion des „Eisleber Tageblatt" durchaus nicht. Tagtäglich die parteiamtlich gestellte Aufgabe zu erfüllen, den Barmals-Himmel in den Spalten zu zeigen, kann auch Nerven von Ueberfeelabelsäure zerreißen. Und in diesem Wirbel politischer Tollheit verwechseln dann die armen Häscher die Begriffe, so daß sie wenigstens auf diese Weise über ihren Bannkreis hinaus bekannt werden. Ja, ja, wenn der Mensch erst himmelig wird . . .

Hettstedt. Einen Selbstmordversuch durch Aufschneiden der Pulsadern verübte hier eine jungverheiratete Frau. Der Ehemann rief Schutzpolizeibeamte, die sich durch Einschlagen einer Fensterscheibe Eingang in das Haus verschaffen mußten. Es gelang die Frau von ihrem Vorhaben abzubringen und zu beruhigen.

Hettstedt. Rückwärts nicht Euch! Die Nationalisten engagierten den Kapitän Lüchner. Der Stahlhelm betriebigt seine Gefühle mit dem Spiel „Andreas Hofer". Bei einigen „Kameraden" haben diese Gefühle das Innere desjenigen Körperteils, auf dem der Stahlhelm meistens umgewollt seine „Zicken" reißt, aus Rand und Band gebracht und wollen sich Andreas Hofer noch einmal ansehen. Andreas Hofer läuft wieder über die Breiter. Die Pleite aus dem Bereich der Möglichkeit zu drängen, wird von den Anhängern die Parole, wonach jeder zu erscheinen hat, mit — Widerwillen befolgt. Liederkranz hier, Liederkranz dort Versammlung. Der erstandene Tag muß aus der Nachtmütze verschwinden. Zurück zur Denkfaulheit mit höchstem Prädikat. Was kümmern uns öffentliche Angelegenheiten? Gähnende Leere in den Kommissionssitzungen des Stadtparlaments im Jahre 1924. Da, ein Stich in das Wespennest! Der vielgeschäftige Magistrat in Aschersleben hat es wieder fertiggebracht, den nördlichen Teil des Mansfelder Gebirgskreises wirtschaftlich an sich zu ziehen. Die „Asta" (Postauto-Verbindung Aschersleben—Stangerode) ist nach jahrelangem Stillstand wieder eröffnet worden. Diese wichtige Verkehrslinie, die vor 11 Jahren zum ersten Male eingerichtet wurde, dem Kriege und dann der Inflation zum Opfer fiel, bringt nebenher die geregelte Verbindung mit den Dörfern des Einetales und führt zu einer nur wenig bekannten, aber lieblichen Eingangspforte in den Ostharz. An der ersten Fahrt nahmen Vertreter aller öffentlichen und privaten Verbände von Aschersleben und den beteiligten Gemeinden teil.

Arnstedt. Von der Gemeindevertretung. Kluge Reichslenker und erfahrene Diplomaten zu haben glaubte um 1914 das deutsche Volk. Nach dieser Epoche? Volk in Schutt und Asche! Letzter „Rekord" der Unfähigkeit! Inflation. Zur Säuberung des Schweinestalles kamen Sozialisten. Und die Gemeinden als kleinste Glieder der Reichsfamilie können wieder — etwas — Luft holen, wieder leben. In unserer Gemeinde soll der mit übelriechenden Wasserlöchern behaftete Verkehrsweg „Faules Tor" Anspruch erheben, Straße genannt zu werden. Vorgesehen ist vier Meter breites Schlackenpflaster mit Hochbord mit gleichzeitiger Regulierung des Wasserlaufes vom Angerteiche. In einem Teile sollen die Arbeiten im Mai dieses Jahres erledigt werden. Die Deckung in Höhe von 9000 Mk. ist mit einem Steuerzuschlag von 50 Prozent zur Grundvermögensteuer vorgesehen. Die Pflasterung bis zur Hauptstraße soll im nächsten Jahre vorgenommen werden. Zur Besprechung standen dann noch andere Wegebaufragen. Daß die Gemeinde in diesem Jahre für Siedlungsbauten nicht in Frage kommt, wurde zur Kenntnis genommen. Die Beschaffung eines Leichenwagens wurde nach eingehender Debatte zurückgestellt.

Gewerkschaftliches.

Die Nachtarbeit in den Bäckereien.

Von J. Oudegest,

Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Bekanntlich wurde in der Brüsseler gemeinschaftlichen Sitzung der Exekutiven der IGB. und der SAI. vom 3. Januar d. J. beschlossen, neben dem Kampfe für den Achtstundentag und die Abrüstung auch eine Aktion für die Genfer Konvention, betreffend das Nachtbackverbot, im nationalen und internationalen Rahmen zu führen.

Wie sehr die Notwendigkeit eines derartigen Verbotes international empfunden wird, geht nicht zum wenigsten aus der Tatsache hervor, daß die 6. Internationale Arbeitskonferenz sich mit 74 gegen 15 Stimmen, welch letztere ausschließlich auf Vertreter der Unternehmergruppe entfielen, in erster Lesung für die Annahme des Uebereinkommens erklärte. Diese überwältigende Majorität von Vertretern, die Richtungen mit diametral entgegenstehenden Interessen angehören, ist gewiß ein Beweis für die **Schädlichkeit und Unanfechtbarkeit** der auf der Konferenz geltend gemachten **sozialen, moralischen und hygienischen Gründe.**

Alle, denen die Arbeiterinteressen, die in diesem Falle nach ganz besonders mit den Interessen der Verbraucher zusammenfallen, am Herzen liegen, werden die Annahme dieses Uebereinkommens mit **der größten Genugtuung begrüßen.** Leider hat die Annahme des Uebereinkommens nur einen platonischen Wert, wenn es nicht durch die Parlamente bestätigt und der Landesgesetzgebung einverleibt wird. Es wird sonach die Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung, ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sein, den notwendigen Druck auf die Parlamente der verschiedenen Länder auszuüben.

Der Beschluß der gemeinschaftlichen Sitzung der Exekutiven der politischen und gewerkschaftlichen Internationale hat sich auch im Zusammenhang mit der Gegenaktion einer bestimmten Gruppe von Unternehmern als notwendig erwiesen, die **von der Durchführung des Nachtbackverbotes eine Gefährdung ihrer Geldsackinteressen befürchten** und von den Regierungen noch vor der endgültigen Annahme der Konvention auf der Arbeitskonferenz Konzessionen zu erlangen trachten. Am 13. Dezember 1924 hat in Brüssel eine internationale Zusammenkunft der Bäckereibesitzer stattgefunden zu dem ausschließlichen Zwecke, **gegen das Genfer Abkommen,** über das auf der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz endgültig abgestimmt werden soll, eine internationale Aktion einzuleiten. Unter anderem wurde verlangt, daß die Arbeitskonferenz keinen „Entwurf" zu einem Uebereinkommen, sondern bloß eine „Empfehlung" annehmen solle, da im Bäckereibetriebe keine internationale Konkurrenz bestehe, eine Auffassung, deren Unrichtigkeit auf der letzten Arbeitskonferenz zur Genüge dargetan wurde. Ferner wurde dargelegt, daß für die Betriebe, die keinen Schichtwechsel einführen können, die normale Arbeit (ohne Einrechnung der vorbereitenden Arbeiten) um 4 Uhr morgens aufgestanden werden müsse. In diesem Sinne haben die Unternehmer ihre Vertreter beauftragt, bei ihren Regierungen darauf hinzuwirken, damit auf der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz ein entsprechendes Amendement eingebracht wird. **Alle diese Wünsche bedeuten für die Bäcker Nachtarbeit.**

Noch auf ein anderes Vorkommnis, das zu Befürchtungen Anlaß gibt, muß in diesem Zusammenhange hingewiesen werden. Die niederländische Regierung hat nämlich eine Vorlage auf Abänderung der Bestimmungen des Arbeitsgesetzes von 1919 eingebracht, derzufolge den Bäckereibesitzern von 3 Uhr morgens an bestimmte Vorarbeiten erlaubt werden sollen. Es ist klar, daß diese Konzession an die große Masse der Besitzer von Kleinbäckereien im Widerstreit wäre zu der auch von den Vertretern der niederländischen Regierung gutgeheißenen Genfer Konvention, da diese unter anderem auch die Bestimmung enthält, daß nötigenfalls die befugte Behörde im Einvernehmen mit den betreffenden Unternehmer- und Arbeiterorganisationen eine Regelung treffen können, derzufolge die in Frage stehenden vorbereitenden Arbeiten innerhalb der unter das Verbot fallenden Nachtstunden ausgeführt werden können. Jeder, der die Verhältnisse in den Bäckereibetrieben kennt, weiß, daß eine Interpretation im Sinne der niederländischen Regierung die Konvention zu einem toten Gesetz machen würde.

Daß unsere Auffassung der Sachlage mehr als gerechtfertigt ist, wird durch die Haltung der Besitzer der Großbäckereien bestätigt, die in einer Versammlung erklärten, daß **die Vorschläge der niederländischen Regierung praktisch die Wiedereinführung der Nachtarbeit binnen kurzem zur Folge haben würde** und es somit besser wäre, die Nachtarbeit sofort wiedereinzuführen. Aus alledem ist zu ersehen, daß die niederländische Regierung dem Drängen der Kleinbäckereibesitzer nachzugeben gewillt ist und damit den Standpunkt ihrer eigenen Delegierten auf der Arbeitskonferenz desavouiert. Das holländische Beispiel wird nicht verfehlen, die Unternehmer anderer Länder, die an der Beibehaltung der Nachtarbeit interessiert sind, zu einem ähnlichen Schritt bei ihren Regierungen zu animieren.

Die Arbeiterbewegung hat daher alle Ursache, auf ihrer Hut zu sein und dafür zu sorgen, daß das Uebereinkommen auf der 7. Arbeitskonferenz im Mai in zweiter Lesung angenommen und vor dem 1. Januar 1927 ratifiziert und in seinem ursprünglichen Geist angewandt wird.

Die Betriebsvertretung der Arbeiter im Baugewerbe.

Vom Zimmererverband, Zahlstelle Halle, wird uns geschrieben: Nach einer Mitteilung aus dem Reichsarbeitsministerium ist die im Oktober v. J. nach erheblichen Schwierigkeiten zustande gekommene Vereinbarung über die Betriebsvertretung der Arbeiter im Baugewerbe für allgemeinverbindlich erklärt worden. Durch diese Vereinbarung sind die Bau- und Platzdelegierten die rechtmäßigen Vertreter der Bauarbeiter auf allen Bauten und Plätzen. Dieses Recht muß mit aller Entschiedenheit, nachdrücklichster Energie und größtem Ernste wahrgenommen werden, ist es doch die Voraussetzung für die Wahrnehmung der Rechte für das Bestehen der Betriebsvertretung selbst. **Das umständliche Wahlverfahren nach dem Betriebsrätegesetz fällt für das Baugewerbe fort.** Das vereinfachte Verfahren der Ernennung der Delegierten auf der Baustelle bedeutet zugleich die Pflicht der Arbeiter, dieses Recht in Anspruch zu nehmen. Findet eine Wahl oder eine Ernennung durch die Belegschaft nicht statt, dann sind die Vertragsträger unverzüglich berechtigt, einen Kollegen zu bestimmen. Die Namen der Gewählten oder bestimmten Kollegen sind dem Unternehmer sofort schriftlich mitzuteilen. Der Unternehmer muß die Gemeldeten bestätigen und an einer jedermann zugänglichen Stelle, auf dem Bau- oder Zimmerplatz, vor Witterungs- und sonstigen Einflüssen geschützt, anbringen. Erst dann, wenn die schriftliche Bestätigung vorliegt, genießen die Delegierten den rechtlichen Schutz. Darum ist auch auf dieses unter allen Umständen genau zu achten. Zur Wahrnehmung der Rechte der Delegierten ist engstes Zusammenarbeiten mit der Organisation erforderlich; nur dann wird jeder Delegierte restlosen Schutz vor jeder Willkür haben.

Die Baudelegierten haben in diesem Zusammenhang zur Gewinnung der noch nicht den Bauarbeiter-Organisationen angehörenden Arbeitern Sorge zu tragen. Denn ohne starke Organisationen kann keine Betriebsvertretung erfolgreich arbeiten, ohne starke Gewerkschaften gibt es keine Arbeiterrechte, um so mehr, da das Baugewerbe zurzeit noch vertragslos ist. Die im alten Vertrag festgelegten sozialpolitischen Rechte, welche die Bauarbeiter damals für sich in Anspruch nehmen konnten, existieren fast gar nicht mehr. Diese müssen von den Belegschaften wieder neu gefordert werden. Voraussetzung dazu ist aber gemeinsames Vorgehen mit der zuständigen Organisation. Die Baudelegierten haben die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer zu vertreten. Sie haben weiter ihr Augenmerk auf die Bekämpfung der Unfallgefahren auf der Baustelle zu richten. Die in Betracht kommenden Stellen sind bei der Bekämpfung durch Anregung, Beratung und Auskunft zu unterstützen. Wird doch mit dem Leben und der Gesundheit des Bauarbeiters oftmals ein frevelhaftes Spiel getrieben. In einem widerspricht die Allgemeinverbindlichkeit der Auffassung der baugewerblichen Arbeiter, daß diese nicht ausgedehnt worden ist auf Betriebe, welche nicht dauernd Baubetriebe sind. Sie erstreckt sich ferner nicht auf das Arbeitsverhältnis von Bauarbeitern, die in Betrieben der Reichs-, Staats- oder Kommunalverwaltungen ständig beschäftigt sind.

Was ist mit dem Zopf?

Von der Bezirksleitung des DMV. wird uns geschrieben:

Im Bericht über eine Sitzung des Ortsausschusses des ADGB. Halle in der Nummer 38 des „Volksblatt" wird ein gewisser Zopf als Metallarbeitervertreter aufgeführt. Da ja die Delegierten des Ortsausschusses aus den Ortsverwaltungen entnommen werden, haben wir hierzu zu erklären, daß der Ortsverwaltung Halle des DMV. ein Mitglied namens Zopf nicht angehört. Ein gewisser Willy Zopf gehörte in früheren Jahren der Ortsverwaltung des DMV. an, wurde dann aber **wegen Verbandsschädigung aus dem Verband ausgeschlossen.** Sollte er als Vertreter einer anderen Gewerkschaft im Ortsausschuß sein, so hat die in Frage kommende Gewerkschaft Zopf widerrechtlich aufgenommen und müßte er dann auf Grund der Satzungen des ADGB. seiner Mitgliedschaft wieder verlustig erklärt werden.

Der Vorstand des Ortsausschusses Halle tut gut, der Sache sofort nachzugehen, denn es kann doch nicht angehen, daß ein offenbar krankhaft veranlagter Mensch, der wegen schwerer Schädigung seiner Berufsorganisation mit Recht hinausgetan worden ist, sein Zerstörerhandwerk erneut aufnimmt. Für solche, die Arbeiterinteressen schwer schädigenden Burschen darf in dem jetzigen Kartell kein Platz sein.

Einheitliche Lohnbewegung im Transportgewerbe Rheinland-Westfalens. Eine außerordentlich stark besuchte Konferenz der im Deutschen Verkehrsbund organisierten Transportarbeiter von Rheinland-Westfalen, in welcher besonders die Städte Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Essen, Dortmund vertreten waren, kam zu dem Beschluß, **das gegenwärtig bestehende Lohnabkommen zu kündigen und der Zeit entsprechende Lohnforderungen einzureichen.** Eine Unterkommission wird die Forderungen der Arbeitnehmer aufstellen und den Arbeitgeberverbänden unterbreiten. Diese Bewegung ist zum ersten Male über vorgenannte Gebiete in einheitlicher Form eingeleitet worden und ist deshalb von größter Wichtigkeit für die Entwicklung der Tarif- und Lohnbewegung im Transportgewerbe.

Aus aller Welt.

Die Dortmunder Katastrophe.

Die Unglücksursache noch ungeklärt. / Aufzeichnungen an der Unglücksstätte.

Aus Dortmund wird berichtet:

Nach wie vor hat das Grubenunglück auf „Minister Stein" das Hauptinteresse der Oeffentlichkeit. Das Mitgefühl drückt sich auch in geldlicher Beziehung aus, indem Geldsammlungen von verschiedenen Seiten eingeleitet worden sind, um die Hinterbliebenen vor der ersten Not zu schützen. Das Hauptinteresse wendet sich immer noch der Frage zu, **wie das Unglück entstehen konnte.** Die oberste Bergbehörde Westfalens leitet die Untersuchung. Sie wird auch auf die vielfachen Aussagen der Ueberlebenden von „Minister Stein" eingehen, die in einer großen Zahl von Ruhrblättern erschienen sind. Wenn zum Beispiel in einer Ausfassung gesagt wird, daß zwei Reviere, die in der Nähe des Unglücksortes liegen und von dem Unglück nichts erfuhren und aus diesem Grunde auch an den Rettungsarbeiten nicht teilnehmen konnten, weil es an der notwendigen telephonischen Verbindung fehlte, wodurch eine Alarmierung möglich gewesen wäre, so wird die Verwaltung der Zeche sich dazu äußern müssen. Geradezu **unglaublich** ist die zweite Behauptung. **Danach soll der Lokomotivführer in der Grube am Mittwoch bereits beim Betriebsführer vorstellig geworden sein, um Wettergefahr zu melden.** Zu dieser Aussage muß im Interesse der Oeffentlichkeit baldige Aufklärung von der Zechenverwaltung gefordert werden. Ein erschütterndes Bild hat ein Verunglückter, das Mitglied des Betriebsrates, Ott, über **die letzten Stunden in der Grube** entworfen. An dem Wettkampf der Retsche hat dieser wackere Mann, der alles tat, um die bei ihm befindlichen 17 Mann zu retten, von Stunde zu Stunde Aufzeichnungen gemacht über die augenblickliche Lage. Die erste Aufschrift lautet: **„Es ist 10.30 Uhr. Wir sind 17 Mann, zwei haben abgehaut, es bleiben nur noch 15.** Karl Ott." Die zweite lautet: **„Jetzt ist es 11 Uhr, wir wissen uns nicht mehr zu helfen.** Karl Ott." Die dritte lautet: **„Es ist 12 Uhr. Wir leben noch.** Ott". Dann sind neun Kameraden übriggeblieben, haben sich an einer anderen Stelle verkrochen und dort einen Pfeil an ein Brett angebracht mit der Wegrichtung: **„Dort sind neun Mann."** Diese neun und die andern sieben sind tot geborgen worden. **Drei Brüder lagen tot nebeneinander.** Der vierte dieser Brüder entging nur dadurch dem Schicksal, weil er an dem gleichen Tage zufällig die Schicht gewechselt hatte.

Dortmund, 16. Februar. (EPVB.)

Bis gestern abend 9 Uhr wurden weitere fünf Bergleute aus dem Schacht der Zeche „Minister Stein" geborgen, so daß sich jetzt nur noch sieben Tote in der Grube befinden, zu denen man noch nicht gelangen konnte.

Ein Eisenbahnzug vom Sturm erfaßt.

Salzburg, 16. Februar.

Durch einen heftigen Föhn wurde ein Personenzug der Salzkammergutbahn aus dem Gleis geworfen. Mehrere Wagen stürzten die Böschung hinunter. Dabei wurden ein Schaffner getötet, mehrere Eisenbahnangestellte und fünfzehn Reisende leicht verletzt. Ein an die Unfallstelle abgelandter Hilfszug wurde ebenfalls vom Sturme umgeworfen. Verletzt wurde hierbei jedoch niemand.

Attentat auf den D-Zug Berlin—Köln. Auf den D-Zug Berlin—Köln ist bei der Durchfahrt durch die Station Düsseldorf-Unterrath ein Anschlag dadurch verübt worden, daß mehrere Schüsse auf den Zug abgegeben wurden. Verletzt wurde niemand; lediglich zwei Fenster des Speisewagens sind durchlöchert.

Ein entwichener Sträfling. Vor kurzer Zeit entfloh aus der Strafanstalt Brandenburg der 27jährige ehemalige Landwirt Arthur Sachs, der wegen eines Raubmordes eine lebenslängliche Zuchthausstrafe zu verbüßen hatte. Es ist wahrscheinlich, daß er sich in Berlin befindet.

Brand auf einem Rittergut. Auf dem Rittergut Langenhanshagen-Neuhof bei Barth entstand eine große Feuersbrunst. Das Feuer war in einer offenen Feldscheune entstanden. Es brannten vier Wirtschaftsgebäude nieder.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Dienstag, den 17. Februar.

12 Uhr mittags: Mittagsmusik. 4 Uhr nachm.: Landwirtschaftliche Preisberichte. 4.30—6 Uhr nachm.: Konzert der Hauskapelle. 6—6.30 Uhr abends: Beherstunde und Vortrag von Frau v. Bomsdorff-Leibing „Die Frau im Sport". 6.30 und 6.45 Uhr abends: Landwirtschaftliche Preisberichte. 7—7.30 Uhr abends: Vortrag: Lic. Brandt: „David Livingstone, der Afrikapionier". 7.30—8 Uhr abends: Vortrag: Rechtsanwalt Dr. Willy Hoffmann: „Das Industriebelastungsgesetz, 2. Teil". 8.15—11.30 Uhr abends: Tanz-Abend.

Briefkasten der Redaktion.

X. Y., Sangerhausen. Brief ist eingetroffen. Artikel erscheint.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: R. O. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: G. Kasparek; für Provinz und Sport: Alfr. Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Dorazig; sämtlich in Halle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250216-10/fragment/page=0007

Das Blatt der Frau

Marjellchen.

Von Anna Mosegaard.

Oft muß ich deiner gedenken, liebes, kleines Marjellchen! Als wäre es gestern erst gewesen, so sehe ich doch vor mir stehen, fühle wieder den festen Druck deiner kleinen Hand, durch den du mich im Hause deiner vortrefflichen Mutter willkommen hießest. Deine großen, blauen Augen, die so tief, so klar wie ein Bergsee sind, sahen mich strahlend an, dein roter Mund lachte so frühlingsfroh! Dein goldenes Haargelock, deine reine, weiße Stirn, — alles an dir ist Freude — echte Maienlust!

Du stelltest dich mir vor: „Ich heiße Marie-Ellen — aber sagen Sie nur Marjellchen, so nennen sie mich alle."

Im Garten saßen wir, — unterm blühenden Kirschbaum, — deine Mutti, du und ich. Soviel wichtige Dinge hatten deine Mutti und ich zu beraten, zu besprechen. Recht trostlos, schwarz und düster sah es damals in unser beider Herzen aus. Ein Weilchen lauschtest du mit ernstem Gesicht unserem Gespräch, dann aber war dir die Sache über. Du konntest scheinbar gar nicht verstehen, wie man zur Maienzeit, an solch leuchtenden, leuchtenden Frühlingstage so früh in die Welt schauen konnte! Freudetrunken hielest du der Sonne dein Angesicht entgegen und leckest dir den Bitterkeitsteine auf dein blondes Köpfchen schneien. Bis auch das dir zu langweilig wurde. Hurchhip rutschtest du auf deinem Platze hin und her. Du hattest mir ja soviel Schönes zu zeigen. Das sah ich deinen strahlenden Augen an, — und so gingen wir. Erst zu deinen Kaninchen. Sieben herzige Jungen lagen da im Nestle, dick und rund, behütet und bewacht von der Kaninchenmutter. Und mit Bestimmtheit glaubtest du, daß deine Kaninchenmutter in diesem Sommer noch viele, viele kleine Kaninchenkinder kriegen würde, weil du sie doch so reichlich mit gutem Futter versorgtest!

Dann machten wir Radgad deiner Ente, einen Besuch. Radgad war ein langes Tier. Wie ein Hündchen folgte sie dir, fraß dir aus der Hand, ließ sich streicheln und legte dir an jedem zweiten Tage ein großes Ei. Und weiter ging's zur Mecke, deiner schneeweißen Ziege. Mit vor Freude glühenden Wangen erzähltest du mir, daß deine Mecke bald ein Zicklein haben würde. Mutter hatte es dir anvertraut, damit du auf deinen Spaziergängen mit Mecke zu behutsam mit ihr umgehen solltest. Und das taten du, liebes Marjellchen; davon habe ich mich überzeugt, als wir drei, du und ich und Mecke, durch Wald und Wiese streiften. War das ein Blühen und Grünen überall! Da zu lachte die Maiensonne so goldig, so strahlend. Bergan wolltest du mich führen, um mir von dort alle Schönheiten deiner Heimat zu zeigen. Aber nein, — das ging ja nicht. — Mecke durfte ja nicht mit da hinauf, — sie könnte ja fehltreten, abstürzen oder sich sonstigen Schaden zufügen! — Wie gut, daß du die Mecke am Strick führtest! Ihr zuliebe schrittest du langsam fürwahr, wiewohl du lieber davongesprungen wärest wie ein junges Zicklein! Wie rein leuchtete dein Auge, als du mich fragtest: „Da es wohl möglich sein könnte, daß Mecke zwei Zicklein auf einmal bekäme! — Dann hätteste du Zwillinge, — das müßte herrlich sein!" — „Ja, möglich könnte das schon sein." Da schlangst du beide Arme um den Hals der Ziege und schmeichelteste: „Gute, liebe Mecke, dann sollst du es recht, recht gut haben, und deine Kinderchen nehmen wir jeden Tag mit auf die Wiese."

Dann hetzest du mich, ob ich Mecke einmal so lange am Strick festhalten wollte, damit sie sich recht satt fressen könne im Gras, indessen du für dein Kaninchen Futter pflücken könntest. Natürlich, gern wollte ich dir den Gefallen tun. Leichtfüßig wie ein Reh sprangst du davon. Löwenzahn pflücktest du vor allem, weil da soviel Milch drin sei. Das sei etwas für die Kaninnmutter, die müsse ja doch Milch trinken, damit sie wieder Milch für die Kleinen habe. Und richtige Milch? O nein, die war nicht zu haben.

Behende sprangst du hierhin, dahin, in der linken Hand ein Bündel saftigen Löwenzahn für die Kaninnmutter, dazwischen etwas junges, zartes Gras für Radgad, in der Rechten einen Strauß für die Mutter. Sumpfdotterblumen, Gänseblümchen, Buschwindröschen, ein paar Stengel Waldmeister — alles bunt durcheinander —, so zogen wir heim. Alles Düstere, Schwere, was mich bedrückte, war auf diesem Spaziergange von mir gefallen.

Eines Tags, als wir unseren Streifzug wiederholen wollten, war Marjellchen sehr traurig; Mecke durfte uns nicht begleiten, weil sie so schwerfällig geworden war und nicht recht mehr gehen wollte. Mutti hatte gesagt: „Nein, Marjellchen, laß Mecke nur zu Hause; Mecke hat Schmerzen."

„Was für Schmerzen, Mutti?"

„Mutterschmerzen."

„Mutterschmerzen?!"

Bang fragend sah Marjellchen mich an: „Wird Mecke sterben müssen?"

„Wir wollen es nicht hoffen, Marjellchen; aber große Schmerzen wird Mecke ausstehen müssen, wenn sie dir ein Zicklein schenkt."

Ernst und schweigend ging es heute durch den Wald. Die besten Kräuter wurden für Mecke gepflückt; jedes Wort, das sich mühsam über Marjellchens Lippen stahl, galt Mecke. Allmählich erst wurde das Kind gesprächiger. Erzählte mir von den vielen Träumen, die Mutti geweint habe, damals, als Vater im Kriege gefallen sei. Marjellchen hatte den Vater fast gar nicht gekannt, und erzählte soviel Liebes und Schönes von ihm. Von der großen Sorge, die Vater gehabt habe in der Zeit, als er draußen im Schützengraben gesessen habe und ihm daheim sein Marjellchen geboren werden sollte. Wie gut, wie innig sprach das Kind hiervon — und wie selbstverständlich! Mir war bei diesem Geplauder so leicht, so froh, — so, als schritte der Frühling in Menschengestalt neben mir einher.

Am nächsten Morgen mußte ich reisen.

Marjellchens Sorge war noch nicht gehoben.

Mecke lag am Abend matt auf dem Stroh und sah uns angstvoll an. Wie menschenähnlich solch ein Tiergage im Schmerz werden kann. Marjellchen kniete neben Mecke und kraute ihr das weiße Fell: „Gute Nacht, liebe Mecke."

In dieser Nacht fand ich wenig Schlaf. Ich hatte kurz vor dem Schlafengehen einen Artikel über „Die zunehmende Verrohung der Jugend" gelesen, der gab mir zu denken.

Das Fenster in meinem Schlafzimmer war weit geöffnet, duselig und sternenlos war die Frühlingsnacht. In den Bäumen rauschte der Nachtwind. Süßen Fliederduft wehte er mir entgegen.

Fest schloß ich die Augen, um den Schlaf gewaltsam zu erzwingen. Da sah ich im Geiste Marjellchen vor mir stehen, sah sie in ihrer lachten, blonden Schönheit, sah, wie das Kind sorgt und behutsam die hochtragende Ziege durch den Wald führte; mitten durch die flimmernde Sonnenpracht schritt es — wohin es trat, war eitel Sonnenschein. Das gab mir Ruhe, Frieden. Verschwunden war meine quälende Angst um die Verrohung der Jugend.

Marjellchens Bild vor Augen, schlief ich endlich ein. Noch herrschte wolliges Dunkel, da weckte mich ein merkwürdig klagender Schmerzenslaut. Ein- zweimal zitterte er durch die Stille. Vom Hofe schien er zu kommen. „Mecke!" durchfuhr es mich. Gleich war ich auf und stieß auf der Treppe bald mit meiner Gastgeberin zusammen. Dann gingen wir hinunter, Mecke beizustehen in ihrem Mutterschmerz.

Still, teilnehmend lag Marjellchen in den Kissen.

Am Morgen führten wir sie zu Mecke. Ihre Freude war grenzenlos, als sie die zwei schneeweißen Zicklein sah. Mit Freudentränen in den Augen umarmte sie die Mecke: „Arme, liebe, gute Mecke — und wir haben alle geschlafen!"

„O nein, Marjellchen! Wir waren bei ihr. Deine Mutti und ich, wir haben gewacht mit Mecke."

Da küßte uns das Kind wortlos die Hände. Voll tiefer Dankbarkeit sah sie zu uns auf. —

Ein paar Stunden später fuhr mein Zug aus der Halle. Lange stand Marjellchen und winkte mit ihrem Taschentuch. —

Dank dir, Marjellchen, daß du mir den inneren Frieden, die Ruhe, das Glück, — dank dir, daß du mir den Frühling brachtest!

Ergänzende Wohnungsfürsorge.

Von Dr. Alfred Korach.

Viele Spuren, die der Krieg hinterlassen, sind unauslöschbar. Den Kriegsverletzten und Kriegsverstümmelten, den Witwen und Kindern der heimgegangenen Soldaten wird man immer nur bis zu einem gewissen Grade helfen können. Der Verlust, den sie erlitten, läßt sich nicht wieder ausgleichen. Anders liegen die Dinge auf dem Gebiete der Wohnungsnot. Sie ist zweifellos heutzutage die am meisten im Vordergrund stehende Nachwirkung des Krieges und für das Gemeinschaftsleben großer Teile der Bevölkerung von außerordentlicher Unannehmlichkeit.

Man hat ganz sicherlich in Deutschland viel zu lange gezögert, den Wohnungsbau zu betreiben. Als nur gut einem Jahre die Inflation ihr Ende nahm, hätten die öffentlichen Körperschaften auf diesem Gebiete sofort in großzügiger Weise handeln müssen. Man kann sich auch nicht damit entschuldigen, daß alles das aus finanziellen Gründen unmöglich gewesen wäre. In den letzten Wochen hat man zur Genüge erfahren, in welcher Weise und für welche Zwecke die Gelder verwendet wurden, die öffentlichen Kassen in überreichlichem Maße zur Verfügung standen.

Im Interesse einer Behebung der Wohnungsnot wird man immer wieder verlangen müssen, daß der Wohnungsbau in weitem Umfange und in planvoller Weise endlich in Angriff genommen wird. Trotzdem weiß ja jeder, der einige Kenntnis vom Bauwesen besitzt, daß selbst bei starker Bautätigkeit die Wohnungsnot in Deutschland erst in einigen Jahren überwunden werden kann. Gerade für die Zwischenzeit ist es aber wichtig, neben den Wohnungsbau auch ergänzende Wohnungsfürsorge zu treiben. Sie soll dazu dienen, unter den obwaltenden schwierigen Wohnungsverhältnissenden eng zusammengepfercht wohnenden Menschen ihr Leben einigermaßen erträglicher zu gestalten, indem man ihnen Gelegenheit gibt, außerhalb ihrer Wohnung sich in geeigneten Räumen einer gewissen Behaglichkeit zu erfreuen.

Besonders böse haben es die alten Leute. Sie sind meist auf die Unterstützung ihrer Kinder angewiesen und leben recht häufig sehr kümmerlich. Oft wohnen sie bei ihren Kindern. Der Platz ist knapp und der nächtliche Aufenthaltsort des Großvaters oder der Großmutter ist die Küche. Daraus ergeben sich viele Unzuträglichkeiten. Die Hospitäler und Altersheime sind seit Jahren überfüllt. Neuen Platz zu schaffen fällt sehr schwer. Die meisten Städte und Gemeinden nehmen jetzt auch nur solche Hospitalinsassen auf, die an schweren chronischen Krankheiten leiden und ganz besonders gebrechlich sind. So darf es als ein großer Vorteil betrachtet werden, wenn den alten Leutchen gut geheizte Altersheime zur Verfügung stehen, in denen sie sich ungestört aufhalten können, wo sie mit Altersgenossen zusammensitzen, sich unterhalten, lesen, Karten spielen und für billiges Geld oder umsonst essen können.

Aber auch die Jugend, besonders die jüngste Jugend, braucht die ergänzende Wohnungsfürsorge dringend. Die schlecht belichteten und häufig nur recht mangelhaft zu lüftenden Räume, in denen sich zahlreiche Säuglinge und Kleinkinder befinden, sind ein krasses Elendszeichen der Jetztzeit. Es läßt sich einfach nicht verschweigen: Tausende solcher Kinder sterben in Deutschland an ihrer Wohnung, ebenso wie andere an Diphtherie, Scharlach oder Masern zugrunde gehen. Man könnte getrost in die Sterbestatistik eine Spalte einfügen mit der Ueberschrift „Wohnungsschäden als Todesursache". Viele Mütter sind aber auch gezwungen, tagtäglich einer gewerblichen Arbeit außerhalb des Hauses nachzugehen. Man braucht daher überall in steigendem Maße Heime, Krippen und Kindergärten, in denen die Säuglinge, Kleinkinder oder Schulkinder während des ganzen Tages oder stundenweise untergebracht werden.

Von weiteren Maßnahmen der ergänzenden Wohnungsfürsorge ist die Erhaltung und Schaffung von Heimen für Schwangere und Wöchnerinnen von größter Wichtigkeit. Die Wohnungen sind vielfach so schlecht, daß an eine Entbindung im Hause nicht gedacht werden kann. Bei dem großen Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten für Schwangere und Wöchnerinnen verbringen nun die Frauen recht oft nur allzu kurze Zeit — manchmal nur wenige Tage — in einer Gebäranstalt, um dann — noch hilfs- und pflegebedürftig — in ihre unhygienischen Quartiere entlassen zu werden. Ein Kulturvolk sollte vor allen Dingen dafür sorgen, daß die Frauen, die niederkommen, in würdiger Weise betreut werden. Man muß ihnen unter allen Umständen während der Zeit der Hochschwangerschaft und der Wochen nach der Geburt ein Obdach zur Verfügung stellen, das nicht allein menschenwürdig, sondern auch bautechnisch, hygienisch und in jeder anderen Beziehung einwandfrei ist. Von der Erfüllung dieser geradezu selbstverständlich klingenden Forderung sind wir aber offenbar noch einige Meilen weit entfernt. Trotzdem darf man nicht müde werden — auch im Sinne einer vernünftigen Gestaltung der ergänzenden Wohnungsfürsorge — auf die Schaffung von Heimen für Schwangere und Wöchnerinnen mit allem Nachdruck hinzuweisen!

Mädchen und Mann.

Genossin Adelheid Popp, die hochverdiente Führerin der österreichischen sozialdemokratischen Frauenbewegung, veröffentlichte 1911 in der Heftfolge „Die junge Welt" ein „Mädchenbuch". Darin stehen die nachfolgenden Ausführungen, die, wie alles in dem Buchlein, auch heute noch beherzigenswert erscheinen.

Das Mädchen aus dem Volke empfängt in seiner Jugend nicht die Erziehung, wie sie Mädchen aus wohlhabenden Kreisen zuteil wird. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Erziehung der reichen Mädchen ein Vorbild bedeutet. Oft ist es nur äußerer Anstrich, was wie Bildung aussieht. Herz und Geist aber sind in Wahrheit ungepflegt. Das reiche Mädchen hat dennoch viel voraus. Bis ins heiratsfähige Alter wird es behütet und bewacht. Man begleitet es in die Schule, in das Theater und zum Tanz. Selbst bei Spiel und Sport ist die Erzieherin zugegen, um jedes Wort zu überwachen. Arbeitertöchter sind sich selbst überlassen. Schulzeit gehen sie zur Schule und wieder heim, schutzlos und unbehütet treten sie in den Beruf. Mädchen der Arbeit gehen ihrer Beschäftigung nach, und überall, sei es im Laden oder im Kontor, im Salon oder im Fabriksaal, überall kommen sie mit Männern zusammen, sei es mit den Chefs, mit den Angestellten oder mit den Arbeitskollegen. Die Männer aber sehen in dem Mädchen, und sei es noch so jung, selten die Arbeiterin oder Kollegin allein; sie reden mit den Mädchen anders als mit den Kollegen. Manches Wort dringt an ihre Ohren, das ihnen im Anfang, wenn sie es zuerst vernehmen, die Schamröte in die Wangen treibt. Sie werden verlegen, schlagen die Augen nieder, versuchen abzuwehren, und man lacht sie aus. Die Männer ergötzen sich an dieser Verwirrung, und die älteren Arbeitskolleginnen, denen es auch einst so ergangen, die aber jetzt abgehärtet sind, lachen. Sie meinen, so wie es ihnen ergangen ist, muß es jeder ergehen.

Das muß aber nicht sein, und an euch, an die jungen Mädchen von heute, wende ich mich, um euch aufzufordern, um euch in eurem Interesse zu bitten, dem entgegenzutreten. Wenn eure Vorgesetzte durch ungeziemende Reden, die ihr gewöhnlich noch gar nicht versteht, von denen ihr nur fühlt, daß sie unpassend sind, so lehnt euch auf! Seid stolz, lacht nicht! Gar bald werden die Herren sagen: „Na, mit der ist es nichts, die versteht keinen Spaß." Ganz recht: versteht Späße, die unsittlich und gemein sind, nicht! Versteht sie auch nicht von den Arbeitskollegen, behandelt sie so wie die Vorgesetzten, wenn sie in euch nur ein Spielzeug für ihre Späße erblicken wollen! Alle, die Vorgesetzten und die Kollegen, werden gar bald merken, daß sie in euch gefestigte Mädchen zu achten haben, die höher stehen, als man bisher von den arbeitenden Mädchen angenommen hat. Man mag euch stolz, prüde, fad nennen: diese Eigenschaften sind in diesem Falle eine Ehre. Wenn ihr sonst eure Pflicht tut, wenn ihr treue, hilfsbereite Kolleginnen seid, wo und wann dieses erforderl wird, wenn ihr in allen Dingen, die das Arbeitsverhältnis angehen, solidarisch seid, wenn ihr eure Kollegen und Kolleginnen bei Lohnforderungen, bei Sammlungen für Streiks und Aussperrungen oder für darbende Kollegen beistehet und eure Scherflein gebt — auf daß euch geholfen werde, wenn es notwendig werden sollte — dann wird sich die Achtung für euch erhöhen. Man wird euch dann nicht nur als gute, pflichtbewußte Kolleginnen, sondern auch als wackere Mädchen betrachten, die sich in ihrer Ehre nicht nahetreten, in ihrem Schamgefühl nicht verletzen lassen.

Fürchtet nicht, euch als eine Ausnahme lächerlich zu machen! Wenn alle, die dieses lesen, danach handeln, dann wird es auch bald keine Ausnahmen geben, sondern viele, viele Mädchen mit euren Anschauungen werden dazu beitragen, daß die Achtung vor ihrem Geschlecht höher werde.

Liebe Mädchen! Nicht wahr, ihr wollt es alle gut haben in der Welt; ihr wollt, daß es auch für die, die arbeiten, schön sei, daß auch ihnen Freuden bereitet werden und nicht nur Sorgen. Nun wohl: das ist möglich; eine neue Zeit soll kommen, in der auch die Mädchen aus dem Volke mehr lernen können als heute, eine Zeit, in der auch ihnen eine Erziehung werden soll, nicht nur zur harten täglichen Arbeit, sondern zum Erkennen und Genießen des vollen Menschenglückes. Eure Sonntagsbluse soll nicht ein Werk der nächtlichen Arbeit sein, sie soll der selbstverständliche Lohn eures Fleißes, eurer nützlichen Tätigkeit sein. Diese neue Zeit braucht aber neue Menschen, die sie vorbereiten. Ihr nun sollt solche neue Menschen, bessere Menschen werden.

Wo Marie Antoinettes Mobiliar sein Ende fand.

Die bolschewistische Geheimpolizei hat angeordnet, daß in den Wohnungen der gegenwärtigen und früheren Freundinnen des Präsidenten der dritten Internationale Sinowjew eingehende Haussuchungen vorgenommen werden. Hierzu erfährt der Rigaer Berichterstatter eines Londoner Blattes, daß diese Haussuchungen den Zweck dienen sollen, die Zimmereinrichtung Marie Antoinettes, vor allem die kostbaren Gobelins, Gemälde, das Silberzeug und die anderen wertvollen Gegenstände aufzufinden, die sich in der französischen Botschaft in Petersburg befanden, und die der Gesandte nicht mehr vorfand, als er wieder Besitz von dem französischen Botschaftsgebäude nahm. Die hier befindlichen Kunstschätze waren wegen ihres Wertes in ganz Rußland bekannt. Vor Jahren wurde sie auf Befehl Sinowjews beschlagnahmt, der, da er Bedenken trug, die die Türen verschließenden Siegel abzunehmen, die Sachen durch die Fenster herausschaffen ließ und sie später unter seine Freundinnen verteilt haben soll.

Argentinien, der Kirchhof der Säuglinge.

Nach dem amtlichen Bericht, den das argentinische Landwirtschaftsministerium veröffentlicht, sind im Verlauf der letzten Jahrzehnte in Argentinien 500 000 Kinder gestorben, die das Alter von zwei Jahren noch nicht erreicht hatten. Diese erschreckende Ziffer der Kindersterblichkeit ist in der Hauptsache auf die schlechte Qualität und die Verfälschung der Milch zurückzuführen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die hochentwickelte Industrie des für die Ausfuhr bestimmten Gefrierfleisches ihre Kehrseite in der verminderten Milchzufuhr für die Säuglinge hat. Angesichts der beschränkten Mengen der zur Verfügung stehenden Milch ist man darauf angewiesen, die vorhandenen Vorräte zu strecken, um den Verbrauch halbwegs zu befriedigen. Das Verwässern der Milch wäre noch das kleinste Uebel. Leider lassen es sich aber gewissenlose Händler angelegen sein, der verwässerten Kindermilch noch durch gesundheitsschädliche Färbemittel und chemische Zusätze zum Zwecke der Geschmacksverbesserung den Schein der Echtheit zu geben, ein Verfahren, dessen verhängnisvolle Folgen in der ungeheuren Ziffer der Säuglingssterblichkeit mit erschreckender Deutlichkeit zum Ausdruck kommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192502 16-10/fragment/page=0008